

Analyse: Empirische Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung

Bestandsaufnahme, Forschungslücken und
Lernpotenziale



Herausgeber: Transfer für Bildung e.V.
Autoren: Dirk Posenau / Marcel Hansek

Entstanden im Rahmen des Projekts
Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub

Fachstelle
politische
Bildung



Inhalt

Fehlende Grundlagen: Zur Notwendigkeit von Forschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung	3
Was wir wissen und was fehlt: Der Stand der empirischen Grundlagenforschung	4
Strukturen: Herausforderungen der Grundlagenforschung	14
Blick über den Tellerrand: Lernen von Nachbardisziplinen	18
Erkenntnisse aus der Fachdebatte: Bedingungen für gelingende Grundlagenforschung	24
Zusammenfassung und Perspektiven: Wege zur Stärkung der Grundlagenforschung	27
Literatur	29

Abstract

Das vorliegende Working Paper analysiert die Situation der empirischen Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland. Belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse über Strukturen, Bedingungen, Arbeitsweisen und Prozesse dieses Feldes fehlen weitgehend, obwohl sie die unverzichtbare Voraussetzung für gegenstandsangemessene Wirkungsforschung, fundierte Evaluationen und evidenzbasierte Qualitätsentwicklung bilden. Das Paper ist eine vertiefte Auswertung des Jahresschwerpunkts 2025 des Projekts *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub* und legt damit zugleich eine Grundlage für die weiterführende Beschäftigung mit Wirkungsforschung und Evaluation.

Den Kern des Papers bildet eine Analyse von 41 empirischen Studien: Welche Aspekte der Praxis wurden beforscht, welche blieben ausgeblendet? Die Befunde zeigen, dass vor allem die Situation und Ziele von Trägern, Angebotsinhalte und Methodenrepertoires beforscht wurden, während das tatsächliche Geschehen in Bildungssituationen und die Perspektive der Teilnehmenden kaum untersucht wurden. Darüber hinaus beschäftigt sich das Paper mit strukturellen Problemen und Herausforderungen, vor denen eine Grundlagenforschung zur Praxis steht, darunter fehlende grundständige Forschungsstrukturen, die ungeklärte Definition des Feldes sowie die schwierige Zusammenführung von Wissenschaft und Praxis. Ein Blick auf benachbarte Felder und Einblicke aus zwei Fachforen des Projekts ergänzen die Diagnose und münden in Ansatzpunkte für die Stärkung der Grundlagenforschung.

Fehlende Grundlagen: Zur Notwendigkeit von Forschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung

Politische Bildung sieht sich gegenwärtig mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert. Gesellschaftliche Entwicklungen wie wachsende Radikalisierung, schwindendes Vertrauen in demokratische Institutionen und eine zunehmende Distanz zur Demokratie haben die Erwartungen an politische Bildung massiv erhöht.

Zugleich wird das Feld von verschiedenen Seiten unter Druck gesetzt. Politik und Gesellschaft fordern wirksame Antworten auf gesellschaftliche Erosionsprozesse und erwarten eine effektivere Praxis mit größerer Reichweite. Im Wettbewerb mit anderen Ansätzen wie Extremismusprävention und Demokratieförderung¹ muss politische Bildung ihre spezifischen Qualitäten, Arbeitsweisen und Wirkungen deutlich machen. Erschwerend kommt hinzu, dass politische Delegitimationskampagnen von Rechtsaußen (Achour 2025: 353) staatliche Fördergeber zunehmend unter Rechtfertigungsdruck setzen. Diese reagieren ihrerseits mit verstärkten Anforderungen an Träger, Evaluationen vorzulegen und Wirkungsnachweise zu erbringen.

Die Praxis politischer Bildung scheint sich den wachsenden Anforderungen nach schnellen Wirkungsnachweisen und standardisierten Evaluationen nicht entziehen zu können. Zugleich hat politische Bildung auch ein genuines Eigeninteresse daran, mehr über ihre Qualitäten und Wirkungen zu erfahren, nicht primär zur Legitimation nach außen, sondern zur internen Professionalisierung und Weiterentwicklung. Dieses Eigeninteresse an Aufklärung über die eigene heterogene Praxis und die Unterstützung komplexer Bildungsprozesse erfordert eine besondere Form der Evaluation und Wirkungsforschung. Sie muss gegenstandsangemessen, differenziert und der Komplexität nonformaler Bildungsprozesse gewachsen sein. Solche Ansätze zu entwickeln, setzt wiederum voraus, dass ausreichend systematisches empirisches Wissen über die Praxis vorliegt, über ihre Strukturen, Bedingungen, Arbeitsweisen und Prozesse. Gerade für die nonformale politische Jugend- und Erwachsenenbildung fehlen solche belastbaren, wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse jedoch weitgehend.

Mit anderen Worten: Empirische Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung – d.h. belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse über Strukturen, Bedingungen, Arbeitsweisen und Prozesse – ist die unverzichtbare Grundlage für gegenstandsangemessene Wirkungsforschung, fundierte Evaluationen und evidenzbasierte Qualitätsentwicklung.

¹ Die Begriffe Extremismusprävention und Demokratieförderung bezeichnen Handlungsfelder, die sich teilweise mit politischer Bildung überschneiden, jedoch eigenen Handlungslogiken folgen. Extremismusprävention zielt auf die Verhinderung oder Eindämmung demokratiefeindlicher Radikalisierung und ist damit an einer spezifischen Gefährdungslage orientiert (vgl. Transfer für Bildung e.V. 2025a). Demokratieförderung wiederum verfolgt das Ziel, demokratische Haltungen, Kompetenzen und zivilgesellschaftliche Strukturen positiv zu stärken. Sie operiert häufig projektformig und programmgesteuert (über Bundesprogramme, Landesdemokratiezentren etc.), ist stärker an zivilgesellschaftlicher Aktivierung und Strukturentwicklung orientiert als an pädagogisch-didaktischen Bildungsprozessen im engeren Sinne und folgt einer Handlungslogik, die sich oft an messbaren Outcomes und Zielgruppenreichweiten orientiert. Beide Begriffe erhalten derzeit ihre förderpolitische Prägung insbesondere durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“, in dem sie neben Vielfaltgestaltung als eigenständige Handlungsfelder institutionalisiert sind. Einen Versuch, das Handlungsfeld Demokratieförderung empirisch zu bestimmen und seine Handlungslogiken zu beschreiben, liefern Ehnert et al. (2021) im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Die Abgrenzung zur politischen Bildung ist Gegenstand einer kontroversen Fachdebatte (vgl. Becker et al. 2020; Widmaier 2022).

Das Projekt *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub (2025-2027)* setzt hier an. Sein Ziel ist es, vorhandene wissenschaftliche Erkenntnisse zur nonformalen politischen Bildung zu bündeln, systematisch auszuwerten und für fachliche Diskurse aufzubereiten. Ein Schwerpunkt liegt auf der Auseinandersetzung mit der Frage, wie Grundlagenforschung, Wirkungsforschung und Evaluationen angemessen gestaltet werden können. Das vorliegende Working Paper ist eine vertiefte Auswertung von Ergebnissen des Jahresschwerpunkts 2025 zur empirischen Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung. Es analysiert die aktuelle Forschungssituation, identifiziert strukturelle Herausforderungen und entwickelt, im Dialog mit benachbarten Disziplinen und der Fachdebatte, Perspektiven für die Stärkung dieses Forschungsbereichs. Damit legt das Working Paper zugleich eine notwendige Grundlage für die weiterführende Beschäftigung mit Wirkungsforschung und Evaluation.

Der Bericht präsentiert zunächst eine Bestandsaufnahme der Forschungslandschaft zur empirischen Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung (ab Seite 4). Dazu werden das methodische Vorgehen der vorliegenden Studienanalyse und die zentralen Befunde dargestellt. Anschließend werden strukturelle Herausforderungen der Grundlagenforschung, insbesondere das Ressourcen- und das Definitionsproblem vorgestellt (ab Seite 14). Es folgt die Diskussion von Erkenntnissen und Ansätzen aus benachbarten Feldern (Internationale Jugendarbeit, Kulturelle Bildung), die mögliche Wege für die nonformale politische Bildung aufzeigen (ab Seite 18). Ein weiterer Abschnitt dokumentiert Diskussionen und Erkenntnisse aus den Fachforen zur Grundlagenforschung und zu Datenerhebungen (ab Seite 24). Abschließend werden Schlussfolgerungen gezogen und Empfehlungen für die Weiterentwicklung von Praxis und Forschung formuliert (ab Seite 27).

Was wir wissen und was fehlt:

Der Stand der empirischen Grundlagenforschung

Der im Rahmen des Projekts *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub* erstellte Monitor „Empirische Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung“ (Transfer für Bildung e.V. 2025b) bot eine erste Übersicht der Forschungslandschaft. Er identifizierte verschiedene Wissensquellen – von Grundlagenforschung im engeren Sinne über Strukturstatistiken bis zu Praxisberichten und Selbstevaluationen – und zeigte charakteristische methodische Muster auf: eine Dominanz rekonstruierender Verfahren (Interviews, Dokumentenanalysen) bei gleichzeitiger Vernachlässigung beobachtender Methoden sowie eine Fokussierung auf die Angebotsseite, demgegenüber die Teilnehmendenperspektive größtenteils unterrepräsentiert bleibt. Der Monitor legte damit die Grundlage für eine vertiefte empirische Analyse.

Die vorliegende Untersuchung baut auf diesen ersten Anhaltspunkten auf, untermauert sie durch eine systematische Auswertung von 41 Studien und macht sichtbar, welche Dimensionen der Praxis wie intensiv beforscht wurden und wo gravierende Forschungslücken bestehen.

Methodisches Vorgehen: Systematische Studienanalyse

Während der Monitor eine erste qualitative Übersicht über Wissensquellen, methodische Zugänge und zentrale Forschungslücken bot, erfolgt nun eine systematische quantitative Analyse: Welche Aspekte der Praxis wurden in wie vielen Studien untersucht? Welche blieben ausgeblendet? Das methodische Vorgehen dieser vertieften Analyse wird im Folgenden detailliert dargestellt.

Zielsetzung und Untersuchungsgegenstand

Die systematische Studienanalyse verfolgte das Ziel, die Forschungslandschaft zur nonformalen politischen Bildung zu kartieren. Im Zentrum stand die Frage: Welches empirische Wissen liegt über eine Praxis vor, die sich selbst als politische Bildung versteht oder die von anderen als solche identifiziert wird? Welche Dimensionen dieser Praxis wurden beforscht, welche blieben unbeachtet? Die Analyse konzentriert sich auf Forschung, die politische Bildung als pädagogische Arbeit, als eigenständiges Praxisfeld oder politische Bildungsprozesse explizit zum Gegenstand macht.

Als „empirische Grundlagenforschung zur Praxis“ wurden solche Forschungsarbeiten definiert, die die Bildungsarbeit beobachten, beschreiben, rekonstruieren und analysieren, ohne dabei einen spezifischen Fokus auf Wirkungsuntersuchung oder eine systematische Bewertung zu legen. Der Begriff grenzt sich damit von Wirkungsforschung und Evaluationsforschung ab, auch wenn Überschneidungen existieren.

Der Terminus „Grundlagenforschung“ wird als Arbeitsbegriff verwendet und umfasst verschiedene Ansätze wie Feld-, Praxis-, Prozess-, Teilnehmenden-, Programm-, Professions- oder Organisationsforschung. Die Fokussierung auf „Praxis“ schließt verschiedene Ebenen ein: die strukturelle Dimension (Träger, Angebote, Teilnahmen), die inhaltliche Dimension (Themen), die didaktisch-methodische Dimension (Konzepte, Formate, Methoden, Settings), die prozessuale Dimension (empirisch beobachtbare Lehr-Lern-Prozesse, Interaktionen) sowie die beteiligten Akteur*innen mit ihren jeweiligen subjektiven Orientierungen, Voraussetzungen und Praktiken.

Literaturrecherche und Sampling

Im Zuge der Literaturrecherche wurde eine bewusste Auswahl an Studien getroffen, die politische Bildung explizit in ihrem Titel, ihren Schlagwörtern oder ihrer Fragestellung thematisieren. Die Identifikation relevanter Studien erfolgte in einem mehrstufigen Verfahren. Ausgangspunkt bildete die Datenbank von *Transfer für Bildung e.V.*, die wissenschaftliche Arbeiten zur politischen Bildung systematisch dokumentiert. Ergänzt wurde diese Grundlage durch Online-Recherche sowie den Einsatz des Schneeballverfahrens auf der Grundlage von in Literaturverzeichnissen identifizierten Schlüsselstudien.

Als Kernsample wurden Studien aufgenommen, die explizit nonformale politische Jugend- oder Erwachsenenbildung zum Gegenstand haben. Einbezogen wurden zudem Arbeiten zu spezifischen Akteursgruppen oder Settings, sofern politische Bildung einen erkennbaren Schwerpunkt bildet. Studien aus angrenzenden Feldern wurden aufgenommen, wenn entweder die untersuchten Akteure sich selbst als politische Bildung verorten oder politische Bildung als expliziter Teilbereich im Sample vertreten ist.

Studien aus den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Demokratieförderung und Globales Lernen wurden ergänzend aufgenommen, sofern die untersuchte Praxis von den Forschenden oder den befragten Akteur*innen ganz oder teilweise als politische Bildungspraxis verstanden oder kontextualisiert wurden. Ausgeschlossen wurden Studien zu ausschließlich formaler politischer Bildung, rein theoretische Arbeiten ohne empirische Datenerhebung sowie Publikationen, die primär der Legitimation oder Öffentlichkeitsarbeit dienen, ohne wissenschaftliche Qualitätsstandards zu erfüllen. Insgesamt wurden 41 Studien identifiziert, die den Kriterien entsprachen (Zeitraum: 2003-2025). Eine systematische Durchsicht sämtlicher Studien zu angrenzenden Feldern, wie Offene Kinder- und Jugendarbeit, Extremismusprävention, Demokratieförderung oder Soziale Arbeit, auf mögliche Bezüge zu politischer Bildung war im Rahmen des Projekts nicht leistbar.

Diese Grenzziehung verweist auf ein grundsätzliches Problem, das im Kapitel zur Fachdebatte ausführlicher diskutiert wird. Es fehlt eine konsensuale, empirisch fundierte Definition dessen, was als nonformale politische Bildungsarbeit und als Feld der nonformalen politischen Bildung gilt. Entsprechend unklar bleibt, welche Forschung zu diesem Feld gehört und welche nicht. Die hier vorgenommene Fokussierung auf Studien, die politische Bildung explizit thematisieren, stellt einen pragmatischen Umgang mit dieser Unklarheit dar. Dieser Zugang hat zur Folge, dass Studien aus angrenzenden Feldern, die implizit oder beiläufig auch politische Bildung untersuchen, nicht systematisch erfasst wurden. Damit bleiben möglicherweise relevante Erkenntnisse unberücksichtigt. Dennoch ermöglicht die Fokussierung eine handhabbare Erfassung der Forschungslandschaft zur nonformalen politischen Bildung im engeren Sinne.



Einen Überblick über die Vielfalt und Differenziertheit der politischen Bildungslandschaft, deren Strukturen und Ansätze bietet die Topografie der Praxis politischer Bildung: <https://topografie-transfer-politische-bildung.de>

Die systematische Untersuchung der Frage, in welchem Umfang und mit welchen Ergebnissen angrenzende Forschungsfelder politische Bildungsprozesse miterfassen, bleibt ein Desiderat. Eine solche Untersuchung würde nicht nur zusätzliche Erkenntnisse zur Praxis erschließen, sondern auch zur empirischen Klärung der Frage beitragen, wo die Grenzen nonformaler politischer Bildung verlaufen.

Analysekategorien: Theoretischer Rahmen

Die Analyse erfolgte anhand eines differenzierten Kategoriensystems, das sich an Überlegungen Norbert Reichlings im Handbuch politische Erwachsenenbildung (Reichling 1999) orientiert. Reichling zeigt dort auf, welche Vielfalt an Akteuren mit ihren spezifischen Erwartungen Praxis und Erscheinungsbild der politischen Erwachsenenbildung prägen. Das Kategoriensystem übernimmt diese Überlegung, um zu erfassen, welche Aspekte der Praxis politischer Bildung und ihrer Bedingungen beforscht werden.

Das Analyseraster umfasst als Oberkategorien:

- Erkenntnisse zur Praxis (i.S.v. Bildungsarbeit) selbst,
- zu Politik/Verwaltung/Förderung, (Bezugs-)Wissenschaften, Praktiker*innen (planerisch und pädagogisch Handelnde),
- zu Teilnehmenden und Adressat*innen,
- zum gesellschaftlichen Klima
- sowie zu Bildungsinstitutionen (Einrichtungen, Organisationen).

Zusätzlich wurden Basisdaten erfasst (Erscheinungsjahr, Praxisfeld, methodischer Zugang und Untersuchungsebene).

Akteure und ihre Dimensionen

Das hier entwickelte Analyseraster wurde weiter ausdifferenziert, um erfassen zu können, in welcher Hinsicht die jeweiligen Akteure und Rahmenbedingungen empirisch untersucht wurden und welche Dimensionen ihres Einflusses auf die Praxis dabei in den Blick genommen werden. Grundlegend ist die Unterscheidung von drei analytischen Dimensionen: 1) subjektive Orientierungen (Ziele, Werte, Selbstverständnisse, Motive), 2) Voraussetzungen und Ressourcen (strukturelle, materielle, personale Bedingungen) sowie 3) Praktiken (tatsächliches Handeln).

Diese Dreiteilung wird auf die verschiedenen Akteursgruppen angewendet:

- Politik, Verwaltung und Förderung: Orientierungen (politische Ziele, Förderstrategien), Voraussetzungen (rechtliche Grundlagen, Förderbudgets), Praktiken (förderpolitisches Handeln, Steuerung, Monitoring)
- Praktiker*innen: Orientierungen (pädagogisches Selbstverständnis, Bildungsverständnisse), Voraussetzungen (Qualifikation, Arbeitsbedingungen, Soziodemografie), Praktiken (Planungshandeln, pädagogisches Handeln etc.)
- Teilnehmende/Adressat*innen: Orientierungen (Motive, Erwartungen, Interessen), Voraussetzungen (Soziodemografie, Bildungshintergrund, Vorwissen). Die Handlungen der Teilnehmenden werden nicht als eigene Kategorie erfasst, da sie Teil der prozessualen Dimension der Praxis sind (siehe unten)
- Bildungsinstitutionen: Orientierungen (Leitbilder, Ziele, Qualitätsverständnisse), Voraussetzungen (Finanzen, Räume, Personal, Strukturen, Netzwerke), Praktiken (Qualitätsmanagement, Organisationsentwicklung, Personalentwicklung, Programmplanung)

Neben den akteursbezogenen Kategorien wurde eine eigenständige Kategorie für die Praxis geschaffen, die verschiedene Dimensionen betrachtet:

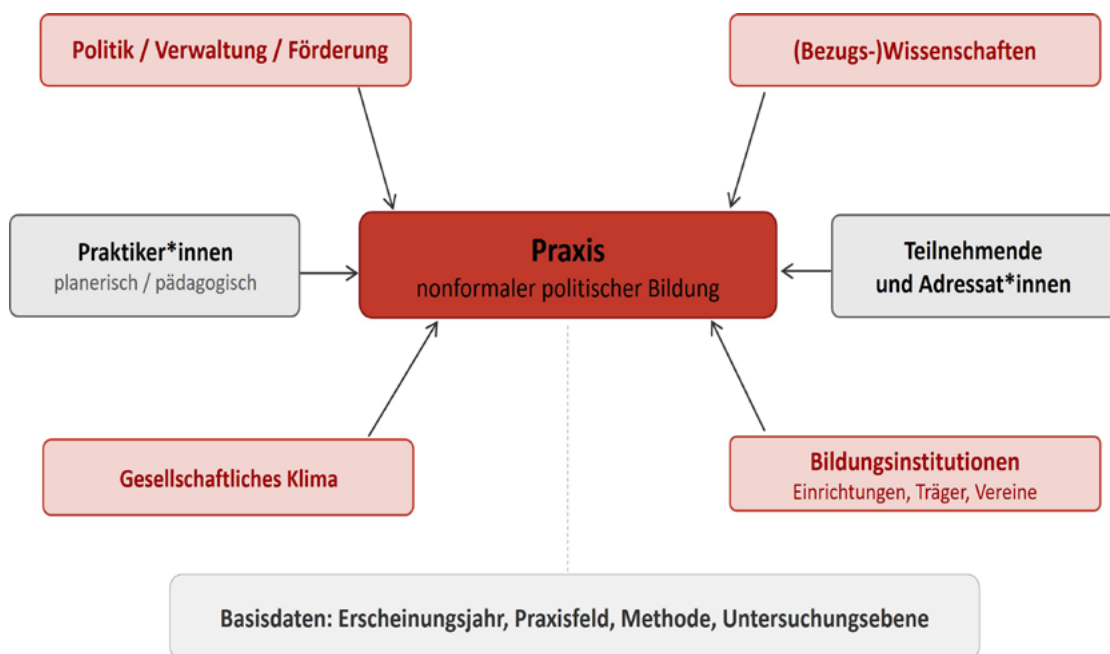
- Strukturelle Dimension (Umfang, Teilnahmen, regionale Verteilung, Orte/Räume)
- Inhaltliche Dimension (Themen, Gegenstände)
- Didaktisch-methodische Dimension (Formate, Methoden, Medien, Setting)
- Prozessuale Dimension (Lehr-Lern-Handlungen, Interaktionen, Partizipation, Dynamiken)
- Wirkungen/Ergebnisse (Zufriedenheit, Lerneffekte, Einstellungs- und Verhaltensänderungen)

Zwei weitere Kategorien erfassen kontextuelle Aspekte:

- Bezugswissenschaften (theoretische Konzepte, Forschungsstände, Diskurse)
- Gesellschaftlicher Kontext (politisches Klima, makrosoziale Rahmenbedingungen)

Die Analyse erfolgte in drei Schritten: 1) Erfassung der Basisdaten, 2) Prüfung der thematisierten Einflussdimensionen, 3) quantitative Auszählung.

Die so gewonnenen Daten bilden die empirische Grundlage für die nachfolgend dargestellten Befunde zur Forschungslandschaft der Grundlagenforschung zur nonformalen politischen Bildung.



Analyseraster in Anlehnung an Reichling (1999)

Ergebnisse

Das Sample

Zeitliche Entwicklung, Praxisfelder und Untersuchungsgegenstände

Hinsichtlich der untersuchten Praxisfelder zeigt sich eine deutliche Dominanz der politischen Erwachsenenbildung. 14 Studien fokussieren ausschließlich auf dieses Feld, weitere 8 kombinieren politische Erwachsenen- und Jugendbildung. 4 Studien untersuchen feldübergreifend politische Erwachsenenbildung, Jugendbildung und Schule gemeinsam. Damit befassen sich insgesamt 26 der 41 Studien (63 Prozent) zumindest teilweise mit der politischen Erwachsenenbildung.

Die politische Jugendbildung ist demgegenüber etwas weniger vertreten: Nur 4 Studien konzentrieren sich ausschließlich darauf. 3 weitere Studien behandeln sie als Teil der Kinder- und Jugendarbeit. Zusammen mit den 8 Studien, die sie mit Erwachsenenbildung kombinieren, und den 4 feldübergreifenden Studien beziehen insgesamt 19 Studien (46 Prozent) die Jugendbildung ein.

Weitere Praxisfelder, die in den Studien thematisiert werden, sind Kinder- und Jugendarbeit (4 Studien), soziale Bewegungen als Akteure politischer Bildung (4 Studien) sowie Globales Lernen

(1 Studie). 1 Studie fokussiert auf informelle politische Bildungsprozesse, eine weitere auf Demokratieförderung als Handlungsfeld, in dem politische Bildung einen Teilbereich bildet.

Der primäre Untersuchungsgegenstand der Studien wurde differenziert erfasst, um die Reichweite und Verallgemeinerbarkeit der Befunde einschätzen zu können. Die große Mehrheit der Studien – 26 von 41 (63 Prozent) – betrachtet ein ganzes Praxisfeld. Diese Feldstudien beziehen sich auf die Gesamtheit eines Bereichs, können darin aber unterschiedliche Aspekte fokussieren. 5 Studien betrachten spezifische Akteursgruppen oder Einrichtungsarten (etwa Volkshochschulen, gewerkschaftliche Bildung, unternehmensnahe Stiftungen), 3 Studien forschen auf der Ebene von Feldteilbereichen (etwa aufsuchende politische Bildung in der Arbeitswelt), 4 Studien auf der Ebene konkreter Bildungsangebote und -materialien (etwa TikTok als Lernort, Stadtrundgänge als Lernarrangement). 1 Studie untersucht eine einzelne Einrichtung als Fallstudie. Diese Differenzierung zeigt, dass die Forschung auf verschiedenen Aggregationsebenen operiert, wobei feldweite Untersuchungen dominieren, während Studien zu konkreten Bildungsarrangements deutlich seltener sind.

Methodische Zugänge: Wie wird Praxis beforscht?

Die Analyse der methodischen Zugänge gibt Aufschluss darüber, wie Forschende empirischen Zugang zur Praxis politischer Bildung gewinnen und diese beforschen. Da viele Studien mehrere Methoden kombinieren, ergeben sich in der Auszählung Mehrfachnennungen.

- Die häufigsten Datengrundlagen sind Dokumente (15 Studien) sowie Interviews mit Praktiker*innen (11 Studien) und anderen Expert*innen (9 Studien).
- Zusammengefasst nutzen 22 von 41 Studien mindestens eine Form des leitfadengestützten Interviews als zentralen methodischen Zugang.
- Sekundärdatenanalysen existierender Statistiken kommen in 7 Studien zum Einsatz.
- Fragebogenerhebungen bei Institutionen bzw. Trägern gibt es in 6 Studien.
- Wesentlich seltener werden Teilnehmende direkt befragt: Nur 4 Studien nutzen Interviews mit Teilnehmenden, lediglich 3 setzen Fragebögen bei Teilnehmenden ein, insgesamt greifen 8 der 41 Studien auf die Perspektive der Teilnehmenden zurück, ein eklatantes Missverhältnis zur Befragung von Fachkräften und Institutionen.
- Besonders augenfällig ist die geringe Nutzung beobachtender Verfahren: Nur 4 Studien arbeiten mit teilnehmender Beobachtung, wobei diese nur in einem Fall als Hauptmethode dient.
- 2 Studien setzen Bevölkerungsbefragungen ein, um sowohl die Nutzung als auch Bedarfe und Wünsche hinsichtlich politischer Bildungsangebote zu erheben.

Diese methodische Verteilung hat weitreichende Konsequenzen. Praxis wird vorwiegend aus der Perspektive der Anbieterseite (Träger, Fachkräfte, Bildungsplaner*innen) erfasst. Was tatsächlich in konkreten Bildungssituationen passiert, wie Teilnehmende diese erleben, nutzen und mitgestalten, welche Interaktionen, Aushandlungsprozesse und Dynamiken sich entwickeln, bleibt weitgehend unbeforscht.

Insgesamt zeichnet sich ein methodisches Profil ab, das durch drei Merkmale gekennzeichnet ist:

1. starke Präferenz für rekonstruierende Verfahren (Interviews, Dokumentenanalysen) gegenüber beobachtenden Verfahren

2. Fokussierung auf die Anbieter- und Planungsperspektive (Träger, Fachkräfte) bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Teilnehmendenperspektive
3. begrenzte methodische Vielfalt

Klassische sozialwissenschaftliche Befragungsmethoden dominieren. Ethnografische, praxeografische oder videografische Ansätze, wie sie etwa in der Unterrichtsforschung etabliert sind, fehlen weitgehend. Diese methodischen Engführungen haben unmittelbare Auswirkungen darauf, welche Dimensionen der Praxis empirisch erschlossen werden, was im folgenden Abschnitt zu zeigen sein wird.

Was wird beforscht?

Der Kern der vorliegenden Analyse bestand in der systematischen Erfassung, welche Einflussdimensionen – verstanden als Aspekte, die die Praxis politischer Bildung konstituieren und beeinflussen – in den 41 Studien empirisch untersucht werden. Das entwickelte Analyseraster unterscheidet dabei zwischen verschiedenen Akteuren (Politik/Verwaltung/Förderung, Praktiker*innen, Teilnehmende/Adressat*innen, Bildungsinstitutionen) und drei Dimensionen pro Akteur – 1. Orientierungen, 2. Voraussetzungen/Ressourcen, 3. Praktiken – sowie einer eigenständigen Kategorie für die Praxis / das Angebot mit ihren verschiedenen Dimensionen. Die Auszählung dieser Kategorien erfolgte binär, entweder eine Studie thematisiert eine Dimension oder nicht. Die folgende Darstellung präsentiert die quantitativen Befunde und interpretiert die erkennbaren Muster (siehe Grafik Seite 13).

- *Politik, Verwaltung und Förderung:* Die Orientierungen dieser Akteursgruppe, d.h. politische Zielsetzungen, Förderstrategien, Zielgruppendefinitionen, werden in 8 Studien thematisiert. Ebenso häufig (in 8 Studien) werden die Voraussetzungen und Ressourcen untersucht, etwa Förderbudgets, rechtliche Grundlagen, wie Weiterbildungsgesetze, oder Strukturen der Förderpraxis. Eine Thematisierung der Praktiken, d.h. das tatsächliche förderpolitische Handeln, Steuerungsmechanismen, Mittelvergabe findet sich in 12 Studien. Dies zeigt ein gewisses Forschungsinteresse an den Rahmensetzungen durch Politik und Förderung, wobei die praktische Umsetzung (Praktiken) etwas häufiger untersucht wird als die Intentionen (Orientierungen).
- *Praktiker*innen:* Hier liegt ein deutlicher Schwerpunkt auf subjektiven Orientierungen. Nahezu die Hälfte der Studien (19 von 41) untersucht das pädagogische Selbstverständnis, Bildungsverständnisse, Wertebezüge und Ziele der Fachkräfte. Diese Dimension ist damit eine der am häufigsten beforschten Dimensionen. Demgegenüber werden Voraussetzungen und Ressourcen, Qualifikation, berufliche Erfahrung, Arbeitsbedingungen, soziodemografische Merkmale, nur in 8 Studien thematisiert. Die Praktiken des Personals (Planungshandeln, pädagogisch-methodisches Handeln, Reflexionspraktiken) werden in 13 Studien untersucht. Die starke Betonung der Orientierungen bei gleichzeitiger Unterbelichtung der Arbeitsbedingungen ist auffällig. Offenbar interessiert Forschende mehr, wie Praktiker*innen ihre Arbeit verstehen und begründen, als unter welchen strukturellen Bedingungen sie diese ausüben.
- *Teilnehmende und Adressat*innen:* Die Orientierungen der Teilnehmenden, ihre Motive, Erwartungen, Interessen, Werte und Einstellungen, werden in 10 Studien untersucht. Voraussetzungen und Ressourcen, Soziodemografie, Bildungshintergrund, Milieuzugehörigkeit, Vorwissen werden in 9 Studien untersucht. Wie bereits im methodischen Abschnitt erwähnt, sind Teilneh-

mende damit deutlich seltener Gegenstand der Forschung als das pädagogische Personal oder die Träger. Die Dimension „Praktiken der Teilnehmenden“ wurde im Analyseraster bewusst nicht als eigenständige Kategorie geführt, da diese Praktiken, d.h. das tatsächliche Handeln, Partizipieren, Interagieren in Bildungsprozessen, über die prozessuale Dimension der Praxis erfasst werden. Auffällig ist jedoch, dass selbst bei der Erfassung von Orientierungen und Voraussetzungen die Teilnehmenden als Untersuchungsgegenstand unterrepräsentiert sind. Sie werden in weniger als einem Viertel der Studien überhaupt berücksichtigt.

- **Bildungsinstitutionen:** Diese Akteursgruppe findet in der Forschung große Aufmerksamkeit. Die Orientierungen, organisationale Ziele, Leitbilder, Zielgruppendefinitionen, Qualitätsverständnisse, werden in 19 Studien untersucht, Voraussetzungen und Ressourcen, finanzielle Ausstattung, Räumlichkeiten, Personalstrukturen, organisationale Strukturen, Netzwerke sogar in 22 Studien. Dies ist die am häufigsten untersuchte Dimension der hier betrachteten Studien. Die Praktiken der Institutionen, Programmplanung, Personalentwicklung, Qualitätsmanagement, Organisationsentwicklung werden in 13 Studien thematisiert. Das hohe Forschungsinteresse an institutionellen Strukturen und Ressourcen ist nachvollziehbar, da diese die materielle Basis der Praxis bilden. Es zeigt aber auch eine deutliche Fokussierung auf „harte“ strukturelle Faktoren gegenüber „weichen“ prozessualen Aspekten.
- **Praxis:** Für die Praxis bzw. das Bildungsangebot selbst wurden 5 Dimensionen unterschieden. Die strukturelle Dimension (Umfang des Angebots, Teilnehmezahlen, regionale Verteilung etc.) wird in 9 Studien thematisiert. Dies sind häufig Arbeiten, die mit strukturstatistischen Daten arbeiten oder Feldübersichten erstellen. Die inhaltliche Dimension (Themen, Inhalte, Gegenstände der Bildungsarbeit) findet sich in 20 Studien. Die didaktisch-methodische Dimension (Formate, Methoden, Sozialformen, Medien, Lernumgebungen) wird in 22 Studien untersucht. Zusammen mit den institutionellen Ressourcen (ebenfalls 22) bildet dies die Spitzenposition im Analyseraster. Diese inhaltliche und die didaktisch-methodische Dimension beschreiben das geplante Angebot. Was soll gelehrt werden und mit welchen Methoden? Aus Programmhäften, Konzeptpapieren oder durch Befragungen von Planer*innen und Fachkräften lassen sich diese Dimensionen gut rekonstruieren. Dieses Vorgehen korrespondiert mit den methodischen Zugängen, die im vorigen Abschnitt beschrieben wurden: Dokumentenanalysen und Interviews mit Fachkräften dominieren.

Politische Bildung ist in ihren Angeboten und Planungen vergleichsweise gut erforscht, doch was in Bildungsprozessen tatsächlich geschieht, bleibt weitgehend eine Blackbox.

Deutlich anders sieht es bei der prozessualen Dimension aus. Diese erfasst die Lehr-Lern-Handlungen, Interaktionen zwischen Lehrenden und Lernenden, Partizipationsmöglichkeiten und -praktiken, Gruppendynamiken, Aushandlungsprozesse, also das, was in realen Bildungssituationen geschieht. Nur 4 der 41 Studien thematisieren diese Dimension. Das heißt: Während wir recht viel darüber wissen, was politische Bildung thematisch anbietet und mit welchen Methoden sie plant zu arbeiten, wissen wir kaum etwas darüber, was in Bildungsprozessen tatsächlich passiert. Das Bildungsgeschehen bleibt weitgehend eine Blackbox.

Die Dimension Wirkungen und Ergebnisse ist streng genommen dem Bereich der Wirkungsforschung zuzuordnen. Sie wurde dennoch aufgenommen, da 6 Studien, die nicht primär Wirkungsforschung betreiben, Einschätzungen der interviewten Praktiker*innen über vermutete

oder beobachtete Wirkungen ihrer Angebote sowie teilweise auch Zufriedenheit von Teilnehmenden oder unmittelbare Lerneffekte erfassen. Solche Erkenntnisse sind für die Praxisforschung relevant, bleiben aber häufig unsystematisch.

- *Bezugswissenschaften und Gesellschaft*: Zwei weitere Kategorien erfassen, ob Studien den weiteren Kontext der Praxis thematisieren. Die Dimension Bezugswissenschaften erfasst nicht die Darlegung des Forschungsstands als Standardbestandteil empirischer Arbeiten, sondern nur jene Fälle, in denen die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit politischer Bildung selbst zum Forschungsgegenstand oder zur Forschungsmethode wird, etwa, wenn theoretische Konzepte, wissenschaftliche Diskurse oder der Forschungsstand selbst analysiert werden. Dies findet sich in 4 Studien. Die Dimension gesellschaftlicher Kontext (beispielsweise Diskurse über Demokratie, politisches Klima, gesellschaftliche Polarisierung) wird in 3 Studien explizit thematisiert.

Zusammenschau:

Forschungsschwerpunkte und systematische Lücken

Die systematische Auszählung ermöglicht die Identifikation von Forschungsschwerpunkten und -lücken. Die Grafik auf Seite 13 visualisiert die Befunde. Sie zeigt die verschiedenen Einflussdimensionen der Praxis mit der jeweiligen Anzahl an Studien.

Am häufigsten beforscht werden:

1. Institutionen/Träger – Voraussetzungen/Ressourcen	22 Studien
2. Praxis/Angebot – didaktisch-methodische Dimension	22 Studien
3. Praxis/Angebot – inhaltliche Dimension	20 Studien
4. Personal/Praktiker*innen – Orientierungen	19 Studien
5. Institutionen/Träger – Orientierungen	19 Studien

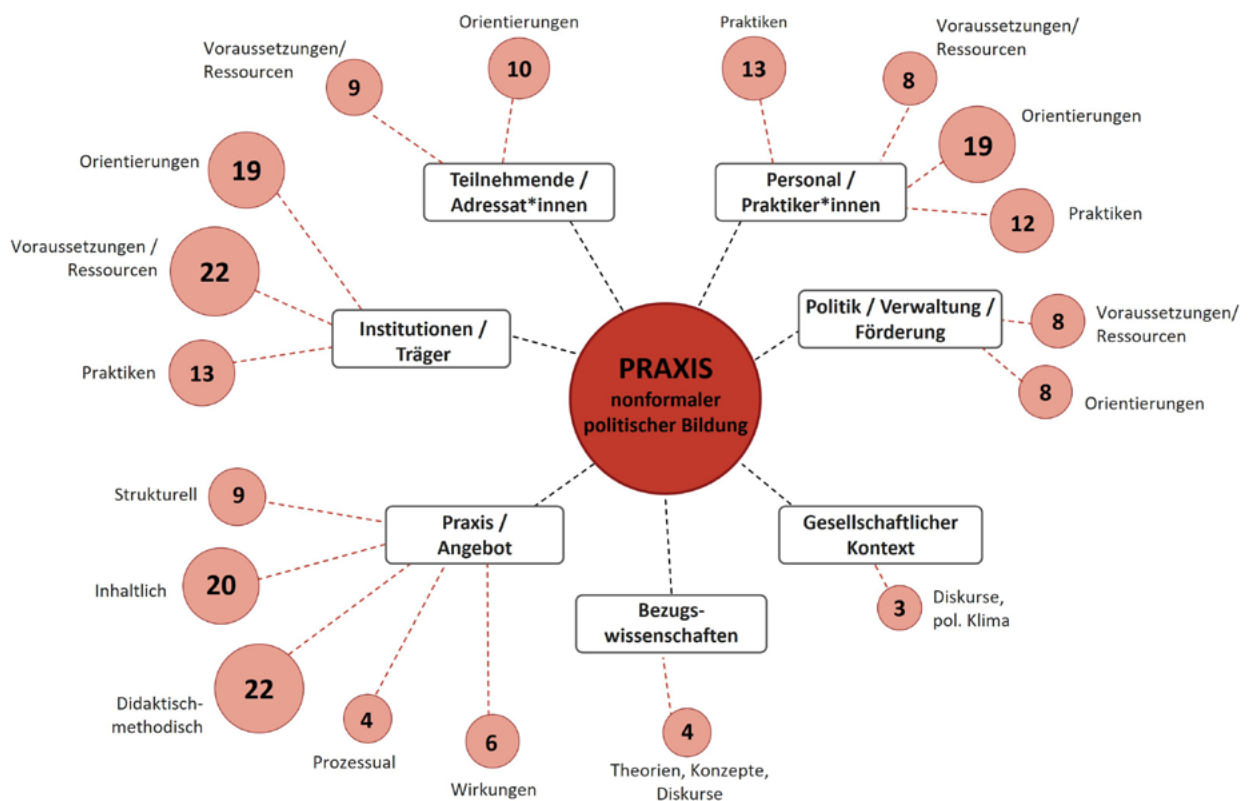
Diese fünf Dimensionen machen den Kern der vorhandenen Forschung aus. Sie alle beschreiben Aspekte der Angebotsseite: Was Träger bieten, wie sie strukturiert sind, was Fachkräfte wollen und denken, welche Themen und Methoden eingesetzt werden.

Am seltensten beforscht werden: Praxis/Angebot – prozessuale Dimension (4 Studien), Bezugswissenschaften (4 Studien) und Gesellschaftlicher Kontext (3 Studien).

Etwas häufiger werden die übrigen Dimensionen beforscht. Dabei fällt auf, dass die Befassung mit Teilnehmenden/Adressat*innen insgesamt unterrepräsentiert ist (Orientierungen: 10 Studien, Voraussetzungen/Ressourcen: 9 Studien). Auch die Voraussetzungen/Ressourcen Personal/Praktiker*innen (8 Studien) – d.h. Qualifikation und Arbeitsbedingungen – werden deutlich seltener untersucht als deren Orientierungen (19 Studien).

Die Forschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung konzentriert sich auf strukturelle, organisationale und programmatische Aspekte, d.h. auf das, was geplant, intendiert, angeboten wird. Sie erfasst Trägerstrukturen, Ressourcen, Angebotsinhalte, Methodenrepertoires und die Überzeugungen der Fachkräfte. Was sie kaum erfasst, sind Bildungsprozesse, Perspektiven der Teilnehmenden als handelnde Subjekte, wissenschaftliche Selbstreflexion sowie die Einbettung der Praxis in gesellschaftliche Kontexte.

Die Grundlagenforschung zur Praxis ist damit mehr Strukturforschung als Prozessforschung, mehr Angebotsforschung als Bildungsforschung.



n=41 Studien

Blasengröße entspricht der Anzahl der Studien, die die jeweilige Dimension untersuchen.

Die Befunde haben weitreichende Konsequenzen für die Frage, welches Wissen zur Verfügung steht, wenn es darum geht, Qualitätskriterien zu entwickeln, Wirkungen zu untersuchen oder Evaluationskonzepte zu entwerfen. Ohne fundiertes Wissen über Bildungsprozesse, ohne systematische Erfassung dessen, was Teilnehmende tun, erleben und lernen, fehlt eine entscheidende Wissensgrundlage. Die identifizierten Forschungslücken sind daher nicht nur von akademischem Interesse, sondern von zentraler Bedeutung für die Weiterentwicklung der Praxis und ihrer wissenschaftlichen Begleitung.

Andere Wissensquellen für weitere Erkenntnispotenziale

Der Monitor „Empirische Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung“ (Transfer für Bildung e.V. 2025b) identifizierte verschiedene Wissensquellen, aus denen Erkenntnisse zur Praxis politischer Bildung hervorgehen: Feldevaluationen und Felderkundungen, empirische

Grundlagenforschung im engeren Sinne, Monitore und Berichte mit Strukturstatistiken, Selbstbeforschung der Praxis sowie Projektevaluationen und wissenschaftliche Begleitungen. Die dort vorgenommene Differenzierung bildet die Grundlage für die hier vorgenommene vertiefte Analyse. Für eine ausführliche Darstellung dieser Wissensquellen wird auf den Monitor verwiesen.

Die vorgestellte Bestandsaufnahme und die systematische Analyse haben zentrale Befunde erbracht. Empirische Grundlagenforschung zur nonformalen politischen Bildung existiert, ist jedoch fragmentiert, ungleich verteilt und weist systematische Lücken auf. Die Forschung konzentriert sich auf strukturelle und programmatische Aspekte, wie Träger, Ressourcen, Angebotsinhalte, Methodenrepertoires. Dagegen sind Bildungsprozesse und Teilnehmendenperspektiven unterrepräsentiert.

Diese Befunde verweisen auf Probleme, die die Grundlagenforschung zur nonformalen politischen Bildung prägen. Das Ressourcenproblem fehlender grundständiger Forschungsstrukturen, das Definitionsproblem aufgrund unklarer Feldgrenzen und die Spannung zwischen Erkenntnisinteresse und Verwertungsdruck werden nachfolgend analysiert.

Strukturen: Herausforderungen der Grundlagenforschung

Ressourcen: Drittmittellogik statt grundständiger Forschung

Das Hauptproblem der Grundlagenforschung zur nonformalen politischen Bildung ist struktureller Natur. Es gibt kaum Wissenschaftler*innen, die sich grundständig und vornehmlich diesem Thema widmen. Die Professuren im Fachgebiet politische Bildung sind überwiegend auf schulische politische Bildung ausgerichtet. Der „Pilotmonitor politische Bildung“ (Abs et al. 2025) belegt dies empirisch. Rund 62 Prozent der befragten Professor*innen ordneten ihre Lehre den Kategorien „eher schulisch“ oder „ausschließlich schulisch“ zu. Nur etwa 25 Prozent der Befragten verorteten sich vorwiegend oder ausschließlich außerschulisch. Diese Personen sind vor allem an Fachhochschulen, kaum an Universitäten, tätig.

Ein Blick in die *Landkarte der Forschung zur politischen Bildung* von Transfer für Bildung e.V. bestätigt den Schwerpunkt der schulischen politischen Bildung. Ob nonformale Bildung überhaupt in den Blick genommen wird, hängt wesentlich davon ab, ob einzelne Forscher*innen dies zu ihrem persönlichen Schwerpunkt machen.

Thomas Waldvogel hat 2022 eine umfassende Netzwerkanalyse der deutschsprachigen politischen Bildungsforschung vorgelegt. Er untersuchte über 3.000 Publikationen von mehr als 900 Autor*innen aus den Jahren 2014 bis 2020 und analysierte ihre Co-Autor*innenschafts-Netzwerke mittels bibliometrischer Verfahren (Waldvogel 2022). Sein Ziel war es, die Struktur und Zusammenarbeitsmuster in der deutschen „Civic Education Research“ sichtbar zu machen. Die Studie identifizierte 20 größere Forschungscluster und deren zentrale Akteur*innen. Dabei zeigte es sich, dass sich die meisten dieser Cluster auf schulische politische Bildung oder auf Schnittstellenthemen (wie Extremismusprävention, Demokratiebildung, Migration) konzentrie-



In der *Forschungslandkarte* finden Sie Wissenschaftler*innen und Forschungseinrichtungen, die zu politischer Bildung forschen:
<https://bit.ly/forschungslandkarte>

ren. Nur wenige Cluster befassen sich schwerpunktmäßig mit nonformaler politischer Jugend- oder Erwachsenenbildung. Zudem sind sie häufig durch intrainstitutionelle Zusammenarbeit geprägt und weisen kaum internationale Vernetzung auf. Die Studie belegt damit empirisch die Beobachtung, dass Forschung zur nonformalen politischen Bildung vereinzelt stattfindet, oft in kleinen, lokal begrenzten Forschungsgruppen, nicht in übergreifenden, kumulativen Forschungsvorhaben.



Forschung zur nonformalen politischen Bildung wird überwiegend über Drittmittel finanziert. Finanziert werden hauptsächlich Evaluationen, Wirkungsstudien und wissenschaftliche Begleitungen von Modellprojekten oder Förderprogrammen. In solchen Projekten werden unter anderem Fragen bearbeitet, die man sich auch für eine Grundlagenforschung wünscht: Prozessbeobachtungen, die Analyse von Bildungssituationen oder die systematische Einbeziehung der Teilnehmendenperspektive. Diese Vorhaben sind oft in zwei bis vier Jahren Laufzeit mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet und daher prinzipiell auch in der Lage, methodisch anspruchsvolle Zugänge zu realisieren. Darüber hinaus finden sich in wissenschaftlichen Begleitungen und Evaluationen auch Erkenntnisse, die eine fehlende grundständige Grundlagenforschung nicht liefert. Diese Erkenntnisse bleiben allerdings stark an den spezifischen Kontext des jeweiligen Projekts sowie an Verwertungsinteressen gebunden, werden selten systematisch für übergreifende Fragestellungen aufbereitet und sind schwer verallgemeinerbar. Echte Grundlagenforschung, d.h. Forschung, die systematisch und ohne unmittelbaren Verwertungsdruck die Praxis untersucht, beschreibt und analysiert, entsteht so eher als Nebenprodukt.

In unserer Datenbank finden Sie Zusammenfassungen und Einordnungen empirischer Forschungsarbeiten: <https://bit.ly/FpB-Datenbank>

Diese Vorhaben sind oft in zwei bis vier Jahren Laufzeit mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet und daher prinzipiell auch in der Lage, methodisch anspruchsvolle Zugänge zu realisieren. Darüber hinaus finden sich in wissenschaftlichen Begleitungen und Evaluationen auch Erkenntnisse, die eine fehlende grundständige Grundlagenforschung nicht liefert. Diese Erkenntnisse bleiben allerdings stark an den spezifischen Kontext des jeweiligen Projekts sowie an Verwertungsinteressen gebunden, werden selten systematisch für übergreifende Fragestellungen aufbereitet und sind schwer verallgemeinerbar. Echte Grundlagenforschung, d.h. Forschung, die systematisch und ohne unmittelbaren Verwertungsdruck die Praxis untersucht, beschreibt und analysiert, entsteht so eher als Nebenprodukt.

Ohne dauerhafte Forschungsstrukturen bleibt Grundlagenforschung zur nonformalen politischen Bildung ein Zufallsprodukt, abhängig von individuellen Interessen und verfügbaren Drittmitteln. Eine systematische, kumulative Wissensentwicklung kann so nur schwer gelingen. Das Fehlen grundständiger Forschungsstrukturen erklärt die im Monitor „Empirische Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung“ identifizierten Probleme.

Generell gibt es nur sehr wenig Grundlagenforschung, sie ist fragmentiert und Wissen wird nicht kumulativ aufgebaut und vernetzt.

Die Drittmittelabhängigkeit prägt die Forschungslandschaft nachhaltig. Untersucht wird vor allem, wofür Förder- und Forschungsdrittmittel verfügbar sind. Zentrale Grundlagenfragen bleiben demgegenüber unbearbeitet, sofern sie nicht in Evaluationsdesigns passen oder sich an aktuelle Förderprioritäten anschließen lassen. Drittmittelprojekte haben typischerweise eine Laufzeit von zwei bis vier Jahren. Danach endet oft nicht nur die Finanzierung, sondern auch die Forschungsarbeit zu diesem Thema. Ein systematischer Aufbau von Wissensbeständen über längere Zeiträume ist aus diesem Grund kaum möglich. Kontinuität und Strukturen fehlen, die es ermöglichen, an bereits vorliegende Erkenntnisse systematisch anzuknüpfen. *Transfer für Bildung e.V.* versucht diesem Desiderat, unter anderem mit seiner Datenbank empirischer Studien, entgegenzuwirken und Wissen nachhaltig zu sichern.

Definitionen: Was gehört zum Feld?

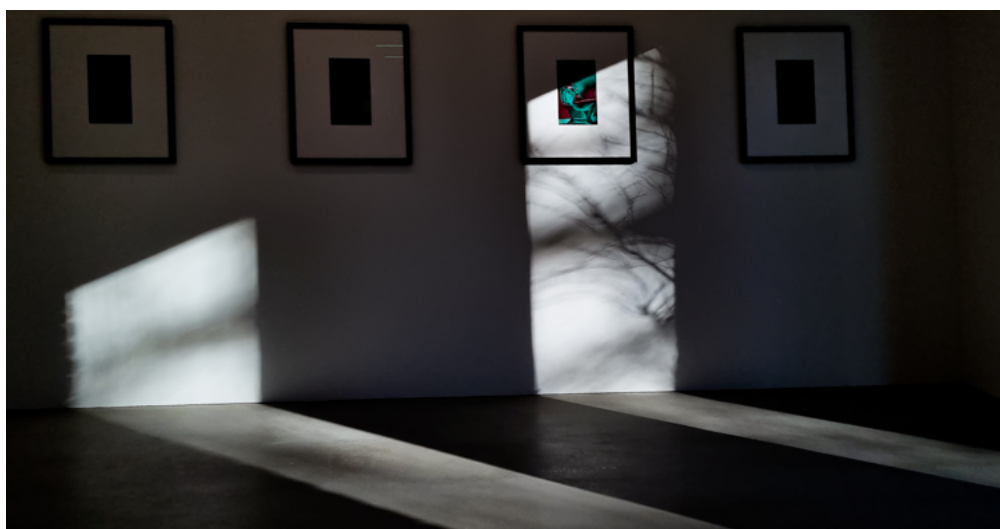
Der Monitor „Empirische Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung“ (Transfer für Bildung e.V. 2025b) hat ein zentrales methodisches Problem herausgearbeitet: Wer systematisch Daten über die nonformale politische Bildung erheben will, etwa für Struktursta-

tistiken, Bestandsaufnahmen oder Monitoring-Systeme, steht vor einer grundlegenden Frage: Was/wer gehört zum Feld? Welche Träger zählen dazu? Was gilt als politische oder beispielsweise als historische Bildungsarbeit? Wo verlaufen die Grenzen?

Diese Fragen sind angesichts der Vielfalt der Anbieter besonders herausfordernd. Was unter politischer Bildung verstanden wird, wird konzeptionell unterschiedlich bestimmt, und die Ausdifferenzierung in verwandte Bereiche wie Demokratiebildung, Demokratieförderung und Extremismusprävention hat die Lage in den letzten Jahren zusätzlich verkompliziert. Die Vielfalt der Formen politischer Bildung verschärft das Problem. Politische Bildung findet nicht nur in spezialisierten Praxisfeldern statt, sondern auch in der Offenen Jugendarbeit, bei Selbstorganisationen oder in Projekten der Sozialen Arbeit.

Der Monitor „Empirische Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung“ zeigt, wie unterschiedlich Forschende das Feld eingrenzen. Einige konzentrieren sich auf Träger, die politische Bildung als Kernaufgabe verfolgen oder gesetzlich damit beauftragt sind. Andere nutzen Verbandsmitgliedschaften oder Förderstrukturen als Abgrenzungskriterium. Wieder andere fassen das Feld so weit, dass alle Settings einbezogen werden, in denen potenziell politische Bildungsprozesse stattfinden. Jede dieser Entscheidungen hat erhebliche Konsequenzen für die Aussagekraft der Ergebnisse: Je nachdem, wen man befragt, erhält man unterschiedliche Antworten über Reichweite, Zielgruppen und Arbeitsweisen des Feldes, was die Vergleichbarkeit von Befunden und die Übertragbarkeit von Erkenntnissen erheblich erschwert.

Die Brisanz dieser Frage wird in der aktuellen Diskussion um den „Pilotmonitor politische Bildung“ (Abs et al. 2025) besonders sichtbar. Die Auseinandersetzung darüber, welche Träger zum Kern des Feldes gezählt werden sollen, macht deutlich, dass jede Entscheidung unweigerlich bestimmte Akteure sichtbar macht und andere unsichtbar lässt. Eine Konzentration auf etablierte, institutionell verankerte Träger kann dabei die tatsächliche Vielfalt des Feldes nicht valide abdecken. Träger, die nicht bundeszentral organisiert sind oder nur regionale Reichweite haben, etwa im Bereich migrantischer Selbstorganisationen oder der Sozialen Arbeit, drohen systematisch aus dem Blick zu geraten. Die Diskussion im Rahmen einer Veranstaltung von *Transfer für Bildung* e.V. zum Thema „Daten zur Praxis nonformaler politischer Bildung“ im Dezember 2025 (siehe hierzu ab Seite 24) illustrierte diese Problematik eindrücklich. Dort wurde kontrovers erörtert, dass Sample-Entscheidungen nicht nur methodische, sondern auch normative Fragen aufwerfen, nämlich wer Definitionsmacht über Feldzugehörigkeit ausübt und welche Konsequenzen es hat, wenn systematisch nur bestimmte Akteure befragt werden.



Das Definitionsproblem betrifft jedoch nicht alle Arten von Grundlagenforschung gleichermaßen. Für Studien, die spezifische Aspekte der Praxis untersuchen, etwa Konzepte, Methoden oder Professionsverständnisse, ist die Feldbegrenzung oft weniger kritisch. Doch für Bestandsaufnahmen, Strukturstatistiken und Monitoring-Systeme, die quantitative Aussagen über die Gesamtheit oder repräsentative Ausschnitte des Feldes treffen wollen, ist die Frage nach der Grundgesamtheit wiederum zentral. Ohne klare, nachvollziehbare und konsistente Kriterien bleibt unklar, worüber Aussagen getroffen werden, und Vergleiche über Zeit oder zwischen Studien werden unmöglich. Je mehr Studien jedoch zu klar ausgewiesenen Teilbereichen des Feldes vorliegen, desto belastbarer werden Vergleiche innerhalb dieser Bereiche, und mit zunehmender Forschungsdichte lassen sich auch Längsschnittbetrachtungen und Paneldesigns für definierte Ausschnitte entwickeln, die trotz ungeklärter Grundgesamtheit kumulative Erkenntnisse ermöglichen.

Partizipation: Forschung über oder mit der Praxis?

Grundlagenforschung zeichnet sich klassischerweise dadurch aus, dass sie nicht unmittelbar verwendungsorientiert ist. Sie zielt auf systematische Wissensgenerierung, nicht auf die direkte Lösung praktischer Probleme. Sie klärt allerdings aus wissenschaftlicher Perspektive über die existierende Praxis auf – auch die in dieser Praxis agierenden Träger und Personen. Deswegen wurde in den Fachforen von *Transfer für Bildung* e.V. deutlich artikuliert, dass sich die Praxis nonformaler politischer Bildung mehr Beteiligung an Forschungsprozessen wünscht und dass Forschungsergebnisse für die Weiterentwicklung der eigenen Arbeit nutzbar sein sollten (siehe hierzu ab Seite 24).

Die Erfahrungen, die Träger und Praktiker*innen mit Forschung machen, stammen dabei in der Regel nicht aus der Grundlagenforschung, sondern aus Evaluationen und wissenschaftlichen Begleitungen. Dort werden sie befragt, stellen Daten zur Verfügung und investieren Zeit in Interviews oder Dokumentenanalysen. Nicht selten wird dabei kritisiert, dass Forschende mit Fragestellungen und Instrumenten arbeiten, die der Vielfalt und Komplexität der Praxis nicht gerecht werden, an den tatsächlichen Bedarfen vorbeigehen und dass die Expertise der Praktiker*innen zu wenig einbezogen werde.

Als besonders unbefriedigend wird hierbei auch die fehlende Rückkoppelung von Forschungsergebnissen erlebt. Daten werden erhoben, aber die Praxis erfährt oft nicht, zu welchen Erkenntnissen sie führen und wie sie genutzt werden (können). Forschungsergebnisse verbleiben stattdessen oftmals im wissenschaftlichen Diskurs oder werden lediglich an den/die Fördermittegeber berichtet, ohne dass Träger und Bildner*innen selbst davon profitieren. Diese Erfahrung prägt dann eine generell skeptische Haltung gegenüber Forschung.

Vor diesem Hintergrund fanden partizipative Forschungsansätze in den Diskussionen breite Zustimmung. Solche Ansätze beziehen Praktiker*innen aktiv in den Forschungsprozess ein: bei der Entwicklung von Fragestellungen, der Festlegung von Indikatoren, der Interpretation von Ergebnissen und der Ableitung von Konsequenzen. Partizipative Forschung verspricht nicht nur gegenstandsangemessenere Forschungsfragen und Designs, sondern kann gleichzeitig Reflexionsprozesse in der Praxis anstoßen und Erkenntnisse generieren, die unmittelbar nutzbar sind. Auch für die Wissenschaft sind partizipative Ansätze von Interesse, da sie tiefere Einblicke in die Logiken der Praxis ermöglichen.

Partizipative Forschung ist allerdings ressourcenintensiv. Sie erfordert Zeit für Abstimmungsprozesse, Ressourcen für die Beteiligung von Praktiker*innen und oft eine längere Projektlaufzeit. In einer von Drittmitteln dominierten Forschungslandschaft, in der Effizienz und schnelle Ergebnisse gefragt sind, stellt sich die Frage, ob und wie partizipative Ansätze systematisch etabliert werden können. Auch die Spannung zwischen Standardisierung, die Vergleichbarkeit ermöglicht, und der Anpassung an spezifische Kontexte ist eine Herausforderung.

Das Partizipationsproblem verweist damit auf eine grundsätzliche Frage. Auch wenn Grundlagenforschung nicht unmittelbar anwendungsorientiert sein muss, wie kann sie dennoch so gestaltet werden, dass ihre Erkenntnisse für die Praxis relevant und nutzbar sind? Und wie können Forschungsprozesse so organisiert werden, dass die Expertise der Praxis systematisch einbezogen wird, ohne die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Forschung einzuschränken? Diese Fragen betreffen nicht nur partizipative Ansätze im engeren Sinne, sondern das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis insgesamt.

Blick über den Tellerrand: Lernen von Nachbardisziplinen

Die nonformale politische Bildung steht mit ihren Forschungsdefiziten nicht allein. Auch andere Bildungsbereiche mussten Wege finden, um ihre Praxis systematisch zu erforschen. Ein Blick auf Nachbardisziplinen zeigt: Wo heute etablierte Forschungsstrukturen existieren, sind diese nicht selbstverständlich entstanden, sondern wurden über Jahre hinweg aufgebaut – durch institutionelle Verankerung, langfristige Förderung und die Etablierung von Austauschformaten zwischen Wissenschaft und Praxis. Von diesen Erfahrungen kann die nonformale politische Bildung lernen.

Schulische Politikdidaktik und Unterrichtsforschung

Die Forschung zur schulischen politischen Bildung verfügt über eine deutlich stärkere institutionelle Verankerung als die zur nonformalen politischen Bildung. Lehrstühle für Didaktik der Politik- bzw. Sozialwissenschaften existieren an zahlreichen Universitäten, eingebunden in die Lehramtsausbildung. Forschungsnetzwerke wie die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) organisieren den wissenschaftlichen Austausch und die Nachwuchsförderung. Diese institutionelle Basis ermöglicht kontinuierliche Forschung, die nicht von einzelnen Drittmittelprojekten abhängig ist.

Die Politikunterrichtsforschung hat sich als eigenständiges Feld etabliert und nutzt systematische Erhebungsinstrumente, um Lehr-Lern-Prozesse zu erfassen. Besonders bedeutsam sind dabei beobachtende Verfahren. Videografie von Unterricht oder teilnehmende Beobachtung ermöglichen die detaillierte Analyse von Interaktionen, Methoden und Lernprozessen. Systematische Unterrichtsbeobachtung erfasst strukturiert den Ablauf von Lehr-Lern-Prozessen. Diese Methoden liefern Erkenntnisse, die über Befragungen oder Dokumentenanalysen allein nicht zu gewinnen sind. Sie zeigen, was tatsächlich geschieht, nicht nur, was geplant war oder erinnert wird.

Wie fruchtbar die Analyse beobachteter Praxis sein kann, demonstriert eindrücklich der Sammelband „Methoden der qualitativen Politikunterrichtsforschung“ (Petric et al. 2021). Zwölf Forschende analysieren darin mit acht verschiedenen qualitativen Methoden dieselbe videoaufgezeichnete Unterrichtsstunde – von fachdidaktischer Analyse über Diskursanalyse und Metaphernanalyse bis hin zur dokumentarischen Methode. Die unterschiedlichen methodischen Zugänge erschließen jeweils andere Dimensionen der Unterrichtspraxis: Wie positionieren sich Lernende in Gruppenarbeit? Welche Deutungsmuster zeigen sich in sprachlichen Bildern? Auf welcher argumentativen Grundlage diskutieren Schüler*innen? Der Band macht damit nicht nur die Komplexität von Politikunterricht sichtbar, sondern zeigt auch, dass beobachtende Verfahren tiefe Einblicke ermöglichen.

Die Fachdidaktik fungiert dabei als Brücke zwischen Forschung und Praxis. Unterrichtskonzepte werden entwickelt, erprobt und evaluiert, Erkenntnisse fließen in die Lehramtsausbildung zurück. Natürlich sind die Bedingungen von Schule und nonformaler Bildung nicht direkt vergleichbar. Schule ist ein standardisierter Lernort mit curricularen Vorgaben, kontinuierlichen Bildungsverläufen und festen Gruppenstrukturen. Nonformale Bildung hingegen zeichnet sich durch heterogene Settings, Teilnehmendenorientierung, punktuelle Angebote und wechselnde Zusammensetzungen aus.

Transferpotenziale lassen sich dennoch identifizieren:

- Beobachtende Methoden wie Videografie und systematische Beobachtung sind auch in Projektarbeit, Seminaren und Workshops einsetzbar. Sie könnten helfen, die Bildungsprozesse in den Blick zu nehmen und damit die identifizierte Lücke zu schließen.
- Die Politikdidaktik zeigt zudem die Bedeutung institutioneller Verankerung. Ohne dauerhafte Forschungsstrukturen, wie Professuren, Forschungszentren, Nachwuchsförderung, wäre die systematische Unterrichtsforschung nicht möglich. Für die nonformale politische Bildung bedeutet dies, dass Grundlagenforschung eine größere institutionelle Basis an Hochschulen braucht.
- Schließlich verweist die Fachdidaktik auf die Notwendigkeit, Forschung und Professionalisierung zu verbinden. Forschungsbasierte Aus- und Weiterbildung von Fachkräften schafft eine Kultur der Reflexion und stärkt die Qualität der Praxis. Für die nonformale politische Bildung, die über keine standardisierten akademischen Ausbildungswege verfügt, wäre eine stärkere Verknüpfung von Forschung und Professionalisierung ein wichtiger Entwicklungsschritt.

Internationale Jugendarbeit:

Systematischer Austausch und innovative Datennutzung

Die Internationale Jugendarbeit teilt mit der nonformalen politischen Bildung zentrale Herausforderungen, wie heterogene Trägerstrukturen, vielfältige Formate, komplexe Bildungsprozesse und begrenzte Ressourcen für Forschung. Dennoch ist es diesem Feld gelungen, tragfähige Strukturen für kontinuierliche Forschung aufzubauen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen hier die Ansätze der institutionellen Verankerung von Praxis-Wissenschafts-Kooperation und die systematische Nutzung von Evaluationsdaten für Grundlagenforschung.

Institutionelle Verankerung: Das Netzwerk „Forschung und Praxis im Dialog“

Eine wichtige Rolle spielt dabei das Netzwerk „Forschung und Praxis im Dialog“ (FPD). Das Netzwerk organisiert den interdisziplinären und trägerübergreifenden Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis der Internationalen Jugendarbeit (siehe FPD/transfer e.V. 2021). Es wird vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) im Rahmen einer jährlich bewilligten Zuwendung gefördert. FPD wird von transfer e.V. koordiniert, was für eine dauerhafte Struktursicherung relevant ist.

Die Bedeutung von FPD liegt vor allem in seiner Vernetzungs-, Koordinations- und Moderationsfunktion. Das Netzwerk bringt unterschiedliche Akteure zusammen, ermöglicht kleinere Forschungsprojekte und Evaluationen und sondiert und koordiniert größere Grundlagenforschungsvorhaben. Mit der AIM-Förderung (Abschlussarbeit Internationale Mobilität) unterstützt das Netzwerk seit 2019 zudem Studierende, die sich in ihren Bachelor- oder Masterarbeiten mit Themen der Internationalen Jugendarbeit befassen. Es bietet inhaltliche Begleitung, Anbindung an das Netzwerk und Aufwandsentschädigungen für die Einbringung ihrer Ergebnisse in Fachveranstaltungen und Publikationen. Entscheidend ist, dass FPD durch die Förderung des BMBFSFJ und institutionelle Verankerung bei transfer e.V. Forschungsbedarfe systematisch identifizieren, Forschungsdesigns gemeinsam entwickeln und größere Studien gezielt anstoßen kann, etwa durch Vorsondierung, methodische Diskussion und anschließende Akquise zusätzlicher Fördermittel.

Innovative Datennutzung: i-EVAL

Aus dem Netzwerk ging ein Forschungsprojekt hervor, das Selbstevaluation der Träger mit systematischer Datenerhebung für die Grundlagenforschung verbindet: die Online-Plattform i-EVAL (www.i-eval.eu). Dieses kostenfreie Tool ist ein Gemeinschaftswerk von zehn Akteuren aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Forschung, darunter die Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland (IJAB), das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW), das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) sowie der Forschungsverbund Freizeitevaluation. Es wird vom BMBFSFJ gefördert und vom Forschungsverbund Freizeitevaluation wissenschaftlich begleitet.

Das Funktionsprinzip basiert auf einem intelligenten Doppelnutzen. Träger können mit i-EVAL ihre eigenen Jugendbegegnungen für Qualitätsentwicklung, interne Reflexion und Öffentlichkeitsarbeit evaluieren. Die Plattform enthält wissenschaftlich entwickelte Fragebögen zu Rahmenbedingungen der Begegnung, soziodemografischen Daten, Zielen der Mitarbeitenden und Erfahrungen der Teilnehmenden. Die Fragebögen können von Mitarbeitenden vorab entsprechend der Ziele ihrer Jugendbegegnung angepasst bzw. ergänzt werden. Die Befragung erfolgt online, beispielsweise auf dem Smartphone, und kann während oder nach einer Begegnung autonom und anonymisiert von den Teilnehmenden ausgefüllt werden. Die Auswertung steht den Trägern sofort zur Verfügung.

Die Besonderheit dieses Tools liegt darin, dass die anonymisierten Daten aus i-EVAL in die „Panelstudie Internationale Jugendbegegnungen“ (Ilg 2024) einfließen. Seit 2017 wird mit dieser Panelstudie ein Verfahren etabliert, das verlässliche Daten zu den Wahrnehmungen von Jugendbegegnungen aus Sicht junger Menschen gewinnt. Die Panelstudie wird vom Forschungsverbund Freizeitevaluation im Auftrag des BMBFSFJ über eine Förderung des Netzwerks „For-

schung und Praxis im Dialog“ durchgeführt und umfasst für jeweils zwei Erhebungsjahre eine kontinuierlich erhobene, auf Repräsentativität abzielende Datenanalyse aus der Perspektive von Mitarbeitenden und Teilnehmenden. Für die Wissenschaft bedeutet dies eine kontinuierliche, standardisierte Datenerhebung über Jahre hinweg, die echte Panelanalysen und Trendbeobachtungen ermöglicht.

Die Ergebnisse werden in Einzelpublikationen und im periodisch erscheinenden „Datenreport Internationale Jugendarbeit“ von IJAB veröffentlicht. Sie bieten Einblicke in Zielsetzungen von Mitarbeitenden, Erfahrungen von Teilnehmenden, Zufriedenheitsbewertungen und Lernprozesse. Dabei werden sowohl quantitative Daten als auch erstmals seit 2021 freie Antworten von Jugendlichen ausgewertet. So entsteht systematisch Wissen über die Praxis, nicht durch aufwendige Einzelstudien, sondern durch die intelligente Nutzung ohnehin stattfindender Evaluationen, die unaufwendig in den Alltag der Jugendarbeit eingebunden werden können.

Die Beispiele aus der Internationalen Jugendarbeit zeigen, dass auch in heterogenen, ressourcenbeschränkten Feldern systematische Grundlagenforschung möglich ist. Voraussetzungen dafür sind eine gemeinsame Initiative von Praxis und Wissenschaft sowie eine auf Kontinuität zielende Infrastrukturförderung.²

Das i-EVAL-Modell könnte auch für die politische Bildung wegweisend sein. Es löst das zuvor diskutierte Problem, dass Träger zwar viele Daten erheben, diese aber kaum für die Verbesserung der eigenen Praxis aufbereitet und genutzt werden. Statt Dokumentation als Belastung zu erleben, würden Träger einen unmittelbaren Nutzen für die eigene Qualitätsentwicklung erhalten, während gleichzeitig eine kontinuierliche Datenbasis für die Forschung entsteht.

Kulturelle Bildung:

Interdisziplinäre Vernetzung und Wissensplattformen

Auch die Kulturelle Bildung weist Parallelen zur nonformalen politischen Bildung auf: interdisziplinäre Ausrichtung, heterogene Praxisfelder, vielfältige Bezugswissenschaften sowie eine ausgeprägte Spartenvielfalt (u.a. Theater, Musik, Literatur, Baukultur, Bildende Kunst, Medien etc.). Das Feld hat in den letzten Jahren durch gezielte Netzwerk- und Plattformarbeit Strukturen entwickelt, die den wissenschaftlichen Austausch fördern sowie Forschung anregen und sichtbar machen.

Anders als die nonformale politische Bildung verfügt die Kulturelle Bildung über eine breite Ausbildungslandschaft. In der Datenbank „Studium Kultur“ der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. wurden über 360 Studiengänge erfasst, die auf eine Tätigkeit im Berufsfeld Kultur vorbereiten (vgl. Reinwand-Weiss 2020/2018). Die Datenbank ist mittlerweile nicht mehr aktiv.

² Ein vergleichbares, wenn auch ungleich breiteres und verpflichtendes Instrument ist die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik. Deren Ergebnisse werden regelmäßig im „Kinder- und Jugendhilfereport“ (KJH-Report) dargestellt, u.a. zu **Angeboten der Jugendarbeit nach Art der Trägerin bzw. des Trägers, Angebotsart und Anzahl der Teilnehmenden (Weblink)**. Die Daten werden u.a. von den Trägern der freien Jugendhilfe und Jugendämtern gemeldet und von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik an der Technischen Universität Dortmund erfasst und ausgewertet. Ähnliche, die Träger verpflichtende Instrumente sind die Weiterbildungsstatistiken der Länder.

Das Feld hat sich weiter ausdifferenziert. Studiengänge im Bereich Kulturpädagogik und Kulturvermittlung sind entstanden und entsprechende Professuren haben sich etabliert. An zahlreichen Hochschulen setzt man sich wissenschaftlich mit dem Praxisfeld auseinander und es entstehen Promotionen zum Themenfeld. Auch die Kulturelle Bildung konstatiert weiterhin einen Mangel an Forschungstätigkeit, doch ist die Ausgangslage eine andere als in der nonformalen politischen Bildung. Mit einer deutlich breiteren Hochschulverankerung und einer größeren Zahl an Qualifikationsarbeiten verfügt sie über eine Forschungsbasis, die der nonformalen politischen Bildung bislang fehlt.

Neben den Promotionen war und ist die Erforschung Kultureller Bildung maßgeblich geprägt von Förderungen privater Stiftungen und des BMBFSFJ. Gefördert werden vor allem Projekte mit Laufzeiten von zwei bis drei Jahren, die schnelle Erkenntnisse versprechen und sich aktuellen bildungspolitischen Herausforderungen widmen. Dies führt dazu, dass Wirkungsforschung mit hohen Erwartungen gefördert wird, ohne dass jedoch verwertbare Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Praxis entstehen (siehe ebd.). Wirkungsstudien und Evaluationen sollen bildungspolitische Entscheidungen legitimieren, während es Grundlagenforschung zu theoretischen, historischen oder kulturpolitischen Fragestellungen schwer hat, Förderung zu finden (siehe ebd.). Allerdings war diese Tendenz zur Wirkungsorientierung in den letzten Jahren weniger ausgeprägt. Neuere Förderlinien – etwa zu pädagogischer Weiterbildung (vgl. Ludwig/Ittner 2019), Digitalisierung (vgl. Unterberg 2018) oder Kultureller Bildung in ländlichen Räumen (siehe Fischer/Kollek 2023) – haben auch andere Forschungsperspektiven erschlossen.



Das Feld der Kulturellen Bildung verfügt über zwei zentrale Strukturen, die den wissenschaftlichen Austausch organisieren. Das 2010 gegründete Netzwerk Forschung Kulturelle Bildung, seit 2024 an der IU Internationale Hochschule – Research Center Kulturelle Bildung angesiedelt, verfolgt drei Kernziele: die Vernetzung von Forschungsakteur*innen, den Austausch über unterschiedliche Forschungsansätze und die Identifikation gegenstandsadäquater Forschungsmethoden sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (siehe <https://www.forschung-kulturelle-bildung.de/>). Die Arbeitsweise kombiniert verschiedene Formate. Jährliche Netzwerktage an wechselnden Hochschulen bieten ein Forum für interdisziplinären Dialog. Ein seit 2013 etabliertes Forschungskolloquium unterstützt gezielt Promovierende und stellt eine übergreifende Diskursplattform dar. In thematischen Clustern, die seit 2016 existieren, arbeiten Forscher*innen und Praktiker*innen kontinuierlich zusammen.

Parallel dazu macht die Wissensplattform kubi-online (www.kubi-online.de) als Open-Access-Fachzeitschrift wissenschaftliche Erkenntnisse systematisch zugänglich. Die Plattform umfasst verschiedene Rubriken, wie Fachbeiträge, Grundagentexte, Dossiers zu aktuellen Themen, und ermöglicht kontinuierliche Wissensdokumentation. Reinwand-Weiss betont, dass beide Strukturen „es sich zur Aufgabe gemacht [haben], durch einen breiten Blick auf Forschungsarbeiten in der Kulturellen Bildung die Varianz an Forschungsthemen und -perspektiven sichtbar zu machen sowie qualifiziertes und reflektiertes Praxiswissen der ‚scientific community‘ zugänglich zu machen und gemeinsam zu diskutieren“ (Reinwand-Weiss 2020/2018).

Forschungsansätze einer Grundlagenforschung Kultureller Bildung

Die Kulturelle Bildung hat methodische Ansätze entwickelt, um ihre komplexen, oft schwer fassbaren Bildungsprozesse zu erforschen. Dabei spielen ethnografische und beobachtende Verfahren eine zentrale Rolle, Ansätze, die auch für die nonformale politische Bildung relevant sein könnten.

Ein innovatives Beispiel ist die Studie von Waburg et al. (2023) zu künstlerischen Residenzprojekten in ländlichen Räumen. Bei solchen Residenzen arbeiten Künstler*innen für einen befristeten Zeitraum, typischerweise mehrere Wochen, vor Ort in Gemeinden oder Regionen. Sie recherchieren, entwickeln gemeinsam mit lokalen Akteur*innen künstlerische Projekte und schaffen oft ein künstlerisches Produkt wie eine Theateraufführung, einen Film oder eine Installation. Die Studie untersuchte verschiedene Residenzprogramme und begleitete die beteiligten Künstler*innen, Programmleitungen und lokalen Teilnehmenden ethnografisch über mehrere Jahre. Die Forschenden nahmen an Rechercheterminen, Proben und Treffen teil, fertigten Feldnotizen an, dokumentierten per Foto und Film und führten anschließend Gruppeninterviews mit Teilnehmenden (siehe a.a.O.: 190).

Die Forschenden changierten dabei bewusst zwischen „starker“ und „schwacher“ Teilnahme (siehe a.a.O.: 191). Mal waren sie intensiv ins Geschehen involviert – kochten Kaffee, bastelten Bauchläden, leiteten Aufwärmübungen an – und machten weniger Notizen, mal beobachteten sie distanzierter und konnten mehr aufzeichnen. Diese Form der teilnehmenden Beobachtung ermöglichte es, nicht nur die sichtbaren Ergebnisse zu erfassen, sondern vor allem die Prozesse und Aushandlungen. So wurden Fragen zugänglich, die sich einer „distanziert-analytischen Verbalisierung“ (a.a.O.: 191) entziehen. Wie entwickeln sich Zusammenarbeiten zwischen Künstler*innen und lokalen Akteur*innen? Welche Konflikte entstehen? Welche ethischen Dilemmata tauchen auf?

Die Studie brachte Ergebnisse hervor, die ohne diese intensive Feldpräsenz nicht sichtbar geworden wären. Aus Sicht politischer Bildung besonders aufschlussreich waren politische und ethische Dilemmata, mit denen Künstler*innen in der Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen konfrontiert wurden. In einer Residenz in einer hessischen Kleinstadt etwa traf ein Künstler*innenkollektiv während der Recherchephase im September 2020 den Leiter eines sozialen Projekts, der von Vereinsaktivitäten ohne Corona-Schutzmaßnahmen berichtete und fragte: „Was haltet ihr denn von Corona? Hier sind ja alle ziemlich hörig“ (a.a.O.: 193). Das Kollektiv musste nun abwägen, ob eine Zusammenarbeit möglich war, obwohl der Verein zwar für das geplante digitale Stadtportrait interessant erschien, der Vereinsvertreter aber Haltungen vertrat, die sie als problematisch einschätzten. Diese Situation warf grundlegende Fragen nach der eigenen Rolle und Verantwortung im lokalen Gemeinwesen auf. In einer anderen Residenz benutzte ein Teilnehmender in einem Pausengespräch einen rassistischen Begriff für Geflüchtete (siehe a.a.O.: 195). Als die Künstler*innen nicht intervenierten, fragte der anwesende Forschende später nach, wie sie die Situation eingeschätzt hatten. Dies führte sowohl bei ihm als auch bei den Künstler*innen zu dem Wunsch, „sich tiefer mit rassismuskritischem Intervenieren im Alltag zu beschäftigen“ (a.a.O.: 195).

Diese Beispiele zeigen, dass künstlerische Residenzprojekte in ländlichen Räumen die Beteiligten mit politischen Positionierungsfragen konfrontieren, die in der Praxis oft nicht systematisch reflektiert werden und im vorliegenden Fall erst durch die Forschenden angesprochen wurden. Ähnliche Dilemmata dürften auch in der nonformalen politischen Bildung auftreten, etwa wenn

Bildner*innen auf rassistische, antisemitische oder demokratiefeindliche Äußerungen von Teilnehmenden treffen.

Die Forschenden beschreiben, dass sich aus ihrer Beobachtungshaltung ungeplant eine besondere Rolle entwickelte, die sie als „Kritische Raben“ (ebd.: 195 ff.) bezeichnen. Sie verstehen sich in dieser Rolle weder als reine Beobachter*innen noch als Berater*innen, sondern als Vermittler*innen zwischen unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten (vgl. ebd.: 196). Ihre Aufzeichnungen machten Aspekte sichtbar, die im Projektalltag untergingen, und ermöglichten es, kritische Fragen in vertrauensvoller Atmosphäre zu stellen (vgl. ebd.: 195).

Für die nonformale politische Bildung könnten solche prozessbegleitenden, ethnografischen Ansätze in mehrfacher Hinsicht fruchtbar sein. Sie würden den Blick öffnen für das, was zwischen Seminarplanung und Feedbackbögen geschieht, für Aushandlungen, Konflikte, ethische Dilemmata und die komplexen Dynamiken, die politische Bildungsprozesse prägen. Zudem zeigen solche Ansätze, dass Grundlagenforschung mehr sein kann als distanzierte Datenerhebung. Sie kann Reflexionsräume öffnen und zwischen verschiedenen Akteur*innen vermitteln, ohne dabei ihre wissenschaftliche Rolle aufzugeben.

Erkenntnisse aus der Fachdebatte: Bedingungen für gelingende Grundlagenforschung

Die Fachforen zur empirischen Grundlagenforschung (September 2025) und zu Daten zur Praxis nonformaler politischer Bildung (Dezember 2025) von *Transfer für Bildung* e.V. haben wichtige Erkenntnisse hervorgebracht, die über die bereits dokumentierten strukturellen Probleme hinausweisen. Sie zeigen, unter welchen Bedingungen Grundlagenforschung in der nonformalen politischen Bildung gelingen kann und wo zentrale Spannungsfelder liegen.

Grundlagenforschung braucht eigene Legitimation

Ein zentrales Spannungsfeld, das sich durch beide Fachforen zum Thema Grundlagenforschung zog, ist der wachsende Legitimationsdruck gegenüber Fördermittelgebern und Politik. Träger sehen sich zunehmend mit Erwartungen nach direkten Wirkungsnachweisen konfrontiert. Die Diskussionen machten jedoch deutlich, dass diese Erwartungshaltung für die Grundlagenforschung problematisch ist. Diese bedarf längerer Untersuchungszeiträume, verfolgt andere Erkenntnisinteressen und kann keine unmittelbar „verwertbaren“ Ergebnisse liefern.

Die Gefahr besteht, dass Grundlagenforschung unter diesem Druck zugunsten einer direkten Wirkungsmessung übersprungen wird, obwohl gerade das Wissen über die Praxis, ihre Strukturen, Bedingungen, Arbeitsweisen und Prozesse, die Voraussetzung für gegenstandsangemessene Wirkungs- und Evaluationsforschung darstellt. Die oben beschriebene Ressourcenproblematik verschärft diese Situation. Ohne institutionelle Verankerung, die kontinuierliche Grundlagenforschung jenseits unmittelbarer Verwertungsinteressen ermöglicht, droht das Feld auf reaktive Auftragsforschung reduziert zu werden.

Der Blick in die Forschungssituation zur Internationalen Jugendarbeit und zur Kulturellen Bildung zeigt, dass tragfähige Forschungsstrukturen nur entstehen können, wenn Grundlagenforschung als eigenständige, legitime Aufgabe anerkannt und entsprechend gefördert wird. Die Fachdebatte unterstrich, dass das Feld politischer Bildung selbstbewusst für die Notwendigkeit dieser Forschung argumentieren muss, nicht nur aus Eigeninteresse, sondern als Voraussetzung für fundierte Qualitätsentwicklung.

Felddefinition als methodologische und politische Frage

Die Diskussion über den „Pilotmonitor politische Bildung“ (Abs et al. 2025) im Rahmen des Fachforums zum Thema „Daten zur Praxis nonformaler politischer Bildung“ machte eindrücklich deutlich, dass die Frage „Was und wer gehört zum Feld?“ nicht rein methodisch-technisch zu lösen ist. Sample-Entscheidungen und Abgrenzungskriterien sind immer auch normative Entscheidungen darüber, wer sichtbar wird und wer nicht. Die Fokussierung auf „Kernakteure“, etwa geförderte Träger oder Verbandsmitglieder, birgt die Gefahr, gerade jene zu übersehen, die weniger repräsentiert sind und nicht zu den etablierten Strukturen zählen.

Diese Erkenntnis bestätigt das beschriebene Definitionsproblem, verschiebt aber den Fokus. Statt nach der „richtigen“ Definition zu suchen, geht es darum, transparent über Kriterien zu kommunizieren und sich der Konsequenzen verschiedener Abgrenzungsstrategien bewusst zu sein. Für eine Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung bedeutet dies, dass sie verschiedene Forschungsansätze nebeneinander benötigt, Bestandsaufnahmen mit pragmatischen Kriterien ebenso wie explorative Studien, die bewusst über etablierte Grenzen hinausschauen.

Zugleich wurde deutlich, dass das Definitionsproblem vor allem Monitoring-Systeme und Strukturstatistiken im Hinblick auf die Bestimmung einer Grundgesamtheit betrifft. Für spezifische Grundlagenstudien, etwa zu bestimmten Formaten, Settings oder Zielgruppen, ist die Frage nach der Gesamtfeldgröße weniger kritisch. Wichtiger ist hier die präzise Beschreibung des jeweils untersuchten Ausschnitts und seiner Einbettung in größere Kontexte.

Forschung MIT der Praxis statt ÜBER die Praxis

In beiden Fachforen fanden partizipative Forschungsansätze breite Zustimmung, nicht nur für Evaluationen und Wirkungsstudien, sondern explizit auch für Grundlagenforschung. Die Expertise von Praktiker*innen bezüglich ihrer eigenen Arbeitsweisen, die Logiken ihres Handelns und die Bedingungen ihrer Praxis sind unverzichtbar, um gegenstandsangemessene Forschungsdesigns zu entwickeln. Die Kritik an standardisierten Instrumenten, die die Vielfalt und Heterogenität der Praxis nicht erfassen, unterstrich dies.

Allerdings bestätigte die Debatte auch das weiter oben beschriebene Partizipationsproblem. Partizipative Forschung braucht Zeit für Abstimmungen, Aufwandsfinanzierung für Praxisakteur*innen und längere Projektlaufzeiten. In drittmitteldominierten Strukturen ist sie schwer systematisch zu etablieren. Zugleich wurde aber auch die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit deutlich. Sowohl Praktiker*innen als auch Wissenschaftler*innen sehen den Mehrwert kooperativer Forschungsansätze.

Die Grundsatzfrage bleibt jedoch zunächst offen: Wie kann Grundlagenforschung so gestaltet werden, dass Praxisexpertise systematisch einbezogen wird, ohne wissenschaftliche Unabhängigkeit zu gefährden? Die Fachforen lieferten keine abschließenden Antworten, zeigten aber die Bereitschaft von Wissenschaft und Praxis, diese Frage gemeinsam zu bearbeiten. Entscheidend wird sein, ob dafür die notwendigen strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden.

Ungenutzte Daten – ein Potenzial für Grundlagenforschung

Ein zentraler Befund des Fachforums war die Frustration über „versandende“ Daten. Träger erheben kontinuierlich umfangreiche Daten, etwa für Qualitätsmanagement, Sachberichte und im Rahmen von Anerkennungspflichten, erhalten aber kaum Rückmeldungen oder Auswertungen. Die Dokumentation wird demzufolge als Belastung erlebt, ihr Nutzen bleibt unklar. Gleichzeitig fehlt der Forschung oft der Zugang zu genau diesen Praxisdaten.

Hier liegt ein erhebliches, bislang ungenutztes Potenzial für Grundlagenforschung. Wenn Träger systematische Rückmeldungen über wissenschaftliche Auswertungen erhielten, Vergleichsmöglichkeiten bekämen und wissenschaftliche Erkenntnisse für die eigene Qualitätsentwicklung nutzen könnten, entwickelte sich Dokumentation vom notwendigen Übel zum hilfreichen Instrument. Gleichzeitig entstünde für die Forschung eine kontinuierliche Datenbasis über die Praxis.

Die Fachdebatte machte deutlich, dass das Problem weniger die fehlende Bereitschaft zur Datenerhebung ist, sondern vielmehr die Frage nach Art bzw. Auswahl von Daten sowie fehlende intelligente Nutzung vorhandener Daten. Für die Stärkung der Grundlagenforschung sind Strukturen und Tools nötig, welche die Selbstevaluation der Träger mit systematischer Datenauswertung für die Forschung verbinden, ohne zusätzlichen Aufwand für die Praxis zu erzeugen. Das i-EVAL-System der Internationalen Jugendarbeit (siehe ab Seite 18) zeigt exemplarisch, wie diese Win-win-Situation hergestellt werden kann. Träger evaluieren für sich selbst, die Daten fließen bei Zustimmung in einen übergreifenden Forschungsdatensatz. Voraussetzung für solche Modelle ist allerdings unter anderem, dass Träger darauf vertrauen können, dass ihre Daten nicht primär der Kontrolle dienen, sondern tatsächlich der Qualitätsentwicklung und dem Erkenntnisgewinn. i-EVAL hat deshalb explizite Grundsätze formuliert, die dieses Vertrauen absichern. Das Instrument dient ausschließlich der Qualitätsentwicklung und nicht der Überwachung. Anonymität wird auf allen Ebenen gewährleistet und die Bewertung erfolgt in Zusammenarbeit mit den Beteiligten. Diese Grundsätze wurden bereits 2006 von der Steuerungsgruppe des Projekts verabschiedet und sind als verbindliche Nutzungsbedingungen festgeschrieben (siehe <https://i-eval.eu/hilfe>).



Zusammenfassung und Perspektiven: Wege zur Stärkung der Grundlagenforschung

Die Bestandsaufnahme hat gezeigt, dass empirische Grundlagenforschung zur nonformalen politischen Bildung existiert, jedoch fragmentiert ist und systematische Lücken aufweist. Die vertiefte Analyse von 41 Studien differenziert diese Einschätzung. Institutionelle Ressourcen, didaktisch-methodische Dimensionen und Angebotsinhalte wurden intensiv beforscht (jeweils 19-22 Studien), während prozessuale Dimensionen der Bildungspraxis, Bezugswissenschaften und gesellschaftliche Kontextualisierung jeweils nur in 4 Studien aufgegriffen wurden. Die Grundlagenforschung ist damit eher Struktur- und Angebotsforschung als Prozess- und Bildungsforschung im engeren Sinne. Besonders gravierend ist die nahezu vollständige Abwesenheit beobachtender Verfahren und die Unterrepräsentation von Teilnehmendenperspektiven. Ohne dieses tiefere Wissen über Bildungsprozesse fehlt eine zentrale Grundlage für die Entwicklung gegenstandsangemessener Konzepte für Wirkungsforschung, Evaluation und Qualitätsentwicklung.

Die Fachdebatte in den Fachforen 2025 hat gezeigt, dass ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von Grundlagenforschung gewachsen ist, nicht nur zur Legitimation gegenüber Politik und Förderinstitutionen, sondern im Eigeninteresse der Praxis. Gleichzeitig wurden die Spannungsfelder deutlich benannt, etwa zwischen Legitimationsdruck und Reflexionsbedarf, zwischen Vergleichbarkeit und Kontextangemessenheit sowie zwischen verschiedenen Interessenlagen unterschiedlicher Akteure.

Das vorliegende Working Paper hat die Situation der empirischen Grundlagenforschung zur nonformalen politischen Bildung analysiert und dabei drei zentrale Probleme identifiziert:

1. Es mangelt an institutioneller Verankerung und kontinuierlicher Förderung.
2. Definition und Abgrenzung des Feldes bleiben schwierig und umstritten.
3. Die Frage, wie Praxis systematisch in Forschungsprozesse einbezogen werden kann, ist ungelöst.

Die Beispiele aus der schulischen Politikdidaktik, der Internationalen Jugendarbeit und der Kulturellen Bildung demonstrieren, dass diese Probleme nicht unlösbar sind. Institutionelle Verankerung ermöglicht Kontinuität, intelligente Datennutzung schafft Win-win-Situationen zwischen Praxis und Forschung, Selbstorganisation und Vernetzung können fehlende Ressourcen teilweise kompensieren. Beobachtende Verfahren und Prozessorientierung öffnen den Blick für das Geschehen zwischen Input und Output.

Ansatzpunkte für die Stärkung der Grundlagenforschung

Aus der Analyse lassen sich mehrere Ansatzpunkte ableiten, die zur Stärkung der empirischen Grundlagenforschung beitragen könnten.

■ *Institutionelle Verankerung schaffen*

Das Beispiel der schulischen Politikdidaktik zeigt, dass kontinuierliche Forschung Wissenschaftsstrukturen benötigt, die über projektformige Drittmittelförderung hinausgehen. Für die

nonformale politische Bildung bedeutet dies, gezielt Professuren und Forschungsstellen zu schaffen, die nicht primär der Lehramtsausbildung dienen, sondern explizit der Erforschung nonformaler Bildungsprozesse.

■ *Intelligente Datennutzung etablieren*

Es sollten Wege gefunden werden, systematische Datenerhebung (z.B. für Berichterstattungen) und Selbstevaluation der Träger für die Forschung zu verbinden. So könnten Träger unmittelbaren Nutzen für Qualitätsentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit und die Wissenschaft kontinuierliche Paneldaten erhalten. Dies könnte das Problem adressieren, dass Träger zwar viele Daten erheben, diese aber kaum genutzt werden. *Transfer für Bildung e.V.* arbeitet u.a. daran, mehr Wissen über die Praxis der Selbstevaluation in der nonformalen politischen Bildung zu generieren und entsprechende Lösungsansätze zu finden.

■ *Netzwerkstrukturen ausbauen und Nachwuchs fördern*

Das Netzwerk Forschung Kulturelle Bildung zeigt, dass durch selbstorganisierte thematische Forschungscluster, Forschungskolloquien, Tagungen und Wissensplattformen, produktive Forschungsstrukturen entstehen können. Die niedrigschwellige Einbindung verschiedener Akteure schafft Breite und fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs. In diesem Sinne organisiert *Transfer für Bildung e.V.* mit seinen Angeboten im Rahmen des Projekts *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub* bereits einen Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis und bringt verschiedene Disziplinen und Praxisfelder zusammen. Die Unterstützung von Qualifikationsarbeiten, wie sie auch das vorgestellte FPD-Netzwerk praktiziert, hat der *Wissens-Hub* ebenfalls aufgenommen, indem durch gezielte Beratung, Publikation und Fachveranstaltungen der wissenschaftliche Nachwuchs unterstützt und mit dem Feld vernetzt wird.

■ *Methodische Innovation fördern*

Die Analyse hat gezeigt, dass beobachtende Verfahren und die Einbeziehung von Teilnehmendenperspektiven in der Grundlagenforschung zu politischer Bildung deutlich unterrepräsentiert sind. Wie solche Ansätze aussehen können, zeigen Beispiele aus benachbarten Feldern. In der schulischen Politikdidaktik werden etwa Videografie und Unterrichtsbeobachtung eingesetzt, in der Kulturellen Bildung finden sich langfristige ethnografische Begleitungen. Solche Ansätze, adaptiert für Settings nonformaler politischer Bildung, könnten den Blick für deren Prozesse, Aushandlungen und komplexe Dynamiken öffnen. *Transfer für Bildung e.V.* macht durch seine Publikationen und Fachforen, u.a. im Rahmen des *Wissens-Hubs*, solche methodischen Ansätze aus benachbarten Feldern sichtbar und diskutiert ihre Übertragbarkeit auf die politische Bildung.

■ *Partizipative Forschung ermöglichen*

Die Fachforen haben gezeigt, dass partizipative Ansätze breite Zustimmung finden, aber als ressourcenintensiv erlebt werden. Sie brauchen Zeit für Abstimmungen, finanziellen Aufwandsausgleich für Praxisakteure und längere Projektlaufzeiten. Notwendig sind Förderformate, die partizipative Forschung gezielt unterstützen und die entsprechenden Ressourcen bereitstellen. *Transfer für Bildung e.V.* bezieht daher in alle fachlichen Überlegungen Vertreter*innen aus Wissenschaft und Praxis ein und arrangiert in speziellen Formaten deren Austausch.

Literatur

Abs, Hermann Josef / Engartner, Tim / Hedtke, Reinhold / Oberle, Monika / Heijens, Marie / Hellmich, Simon Niklas / Hulkovych, Valeriia / Huschle, Lucy / Wasenitz, Stella (Hrsg.) (2025): Pilotmonitor politische Bildung. Indikatoren zur datengestützten Berichterstattung. Bonn

Achour, Sabine (2025): Gegen Rechtsextremismus – für politische Bildung: Politische Signale aus den Ergebnissen der Mitte-Studie 2024/25. In: Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico / Eden, Marco (Hrsg.): Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. Bonn, S. 349-379

Becker, Helle / Fereidooni, Karim / Krüger, Thomas / Nordbruch, Götz / Oberle, Monika (2020): Politische Bildung und Primärprävention. Auszug aus einer Fachdebatte. In: Hößl, Stefan E. / Jamal, Lobna / Schellenberg, Frank (Hrsg.): Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus. Bonn, S. 165-185

Ehnert, Katrin / Johann, Tobias / Mielke, Anne / Rehse, Aline / Walter, Elisa / Zimmermann, Eva (2021): Handlungsfeld und Handlungslogiken. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld Demokratieförderung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024. Schwerpunktbericht. München, online: https://www.pedocs.de/volltexte/2023/27963/pdf/Ehnert_Johann_Mielke_etal_2021_Handlungsfeld.pdf (abgerufen am 02.04.2026)

Forschung und Praxis im Dialog / transfer e.V. (2021): Strategiepapier, online: <https://www.forschung-und-praxis-im-dialog.de/app/download/8269216256/Strategiepapier%20FPD.pdf?t=1753354786> (abgerufen am 02.04.2026)

Ilg, Wolfgang (2024): Internationale Jugendbegegnungen aus Sicht der Teilnehmenden Panelstudie Internationale Jugendbegegnungen. Datenanalyse 2021 + 2022. In: IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Datenreport Internationale Jugendarbeit 2021. Bonn, S. 112-131

Kolleck, Nina / Fischer, Luise (Hrsg.) (2023): Kulturelle Bildung in ländlichen Räumen. Transfer, Ko-Konstruktion und Interaktion zwischen Wissenschaft und Praxis. Opladen / Berlin / Toronto

Ludwig, Joachim / Ittner, Helmut (Hrsg.) (2019): Forschung zum pädagogisch-künstlerischen Wissen und Handeln. Pädagogische Weiterbildung für Kunst- und Kulturschaffende, Band 2 Forschung. Wiesbaden

Petrik, Andreas / Jahr, David / Hempel, Christopher (Hrsg.) (2021): Methoden der qualitativen Politikunterrichtsforschung. Frankfurt a.M.

Reichling, Norbert (1999): Ziele und Erwartungshorizonte politischer Erwachsenenbildung. In: Beer, Wolfgang / Cremer, Will / Massing, Peter (Hrsg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts. S. 145-166

Reinwand-Weiss, Vanessa-Isabelle (2020/2018): Kulturelle Bildung aus der Perspektive der Wissenschaft in Forschung und Lehre. In: KULTURELLE BILDUNG ONLINE, online: <https://www.kubi-online.de/artikel/kulturelle-bildung-aus-perspektive-wissenschaft-forschung-lehre> (abgerufen am 02.04.2026)

Transfer für Bildung e.V. (2025a): Extremismusprävention und politische Bildung. Ein Überblick. Überblickspapier im Rahmen des Projekts „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“. Essen, online: https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Vielfalt_gestalten/TfB_Papier_Extremismuspraevention_2025.pdf (abgerufen am 02.04.2026)



Eine umfangreiche und fortlaufend aktualisierte Literaturliste, inklusive aller ausgewerteten Studien, finden Sie hier: https://bit.ly/Literatur_Forschung_polBil

Transfer für Bildung e.V. (Hrsg.) (2025b): Monitor: Empirische Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung. Bestandsaufnahme und Analyse von Forschungssituation und Fachdebatte. Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub, Working Paper 1, Autor*innen: Dirk Posenau / Helle Becker / Marcel Hansek, online: <https://transfer-politische-bildung.de/transfmaterial/veroeffentlichungen/mitteilung/artikel/monitor-empirische-grundlagenforschung-zur-praxis-nonformaler-politischer-bildung/>

Unterberg, Lisa (2018): Überblick: Forschungsvorhaben zur Digitalisierung in der Kulturellen Bildung. In: KULTURELLE BILDUNG ONLINE, online: <https://www.kubi-online.de/artikel/ueberblick-forschungsvorhaben-zur-digitalisierung-kulturellen-bildung> (abgerufen am 02.04.2026)

Waburg, Wiebke / Kranixfeld, Micha / Sterzenbach, Barbara / Westphal, Kristin / Sauer, Ilona (2023): Kritische Raben. Transfergelegenheiten im Rahmen der ethnografischen Begleitung künstlerischer Residenzen in ländlichen Räumen prozesshaft gestalten. In: Kolleck, Nina / Fischer, Luise (Hrsg.): Kulturelle Bildung in ländlichen Räumen. Transfer, Ko-Konstruktion und Interaktion zwischen Wissenschaft und Praxis. Opladen / Berlin / Toronto, S. 188-199

Waldvogel, Thomas (2022): Patterns of publishing in german civic education research: a co-authorship network. In: Journal of Social Studies Education Research. 13. Jg., H. 4, S. 120-159

Widmaier, Benedikt (2022): Extremismuspräventive Demokratieförderung. Frankfurt a.M.

Impressum

Transfer für Bildung e.V.
Rellinghauser Straße 181
45136 Essen

Telefon: 0201 85791454-0

E-Mail: info@transferfuerbildung.de
Internet: <https://transfer-politische-bildung.de>
LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/transferfuerbildung>
YouTube: <https://www.youtube.com/@TransferfuerBildung>
Facebook: <https://www.facebook.com/transferfuerbildung>

Verantwortlich für den Inhalt:
Dr.in Helle Becker, Transfer für Bildung e.V.

Zitationsvorschlag:

Transfer für Bildung e.V. (Hrsg.) (2026): Analyse: Empirische Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung: Bestandsaufnahme, Forschungslücken und Lernpotenziale. Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub, Working Paper 4, Autoren: Dirk Posenau / Marcel Hansek, online: <https://transfer-politische-bildung.de/transfmaterial/veroeffentlichungen/mitteilung/artikel/analyse-empirische-grundlagenforschung-zur-praxis-nonformaler-politischer-bildung>

Bildnachweise:
alle Fotos: Christoph Honig

Weitere Publikationen aus dieser Reihe:

Working Paper 1: Monitor: Empirische Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung: <https://bit.ly/Monitor-Grundlagenforschung>

Working Paper 2: Monitor: Wirkungsforschung zur nonformalen politischen Bildung: <https://bit.ly/Monitor-Wirkungen>

Working Paper 3: Monitor: Evaluation im Bereich der nonformalen politischen Bildung: <https://bit.ly/Monitor-Evaluationen>

Ein Projekt von:

TRANSFER
FÜR **BILDUNG**

Fachstelle
politische
Bildung



Gefördert
durch die



bpb:
Bundeszentrale für
politische Bildung